

Wöchentlich 88 Bl., monatlich 2,00 M.
im voraus zahlbar, Postbezug 4,20 M.
einschließlich 60 Pfg. Postgebühren und
72 Pfg. Postgebühren. Ausland-
abonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Feiertags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, Illustrierte Beilagen „Hoff
und Zeit“ und „Kinderfreund“, „Berater
Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-
stimme“, „Lohn“, „Bild in die
Zukunft“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konspiration
80 Pfennig, Restante eine 5.— Reichs-
mark. „Kleine Anzeigen“ des ein-
gebrachten 25 Pfennig (zuletzt zwei
einseitige 20 Pfennig), jedes weitere Wort
12 Pfennig. Stellungsliste des ersten
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
zweite 60 Pfennig. Familienanzeigen für
Abonnenten zweite 40 Pfennig. Anzeigen-
annahme im Hauptgebäude Linden-
straße 2, wochentags, von 9 1/2 bis 11 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Pöndorf 223-227 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Bankkontos: Berlin 37 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Wallstr. 65 Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 8

Schlichtung in der Textilindustrie.

Die Vorschläge der Gewerkschaften als Grundlage.

Die Verhandlungen der Textilarbeiterorganisationen mit dem Arbeitgeberverband der deutschen Textilindustrie, die am Freitag stattfanden, brachten eine Einigung der beiden Parteien auf der Basis des Gegenvorschlags der Textilgewerkschaften. Die Punkte 1, 2 und 3 des Vorschlags der Gewerkschaften blieben bestehen. Sie lauten:

„Sämtliche zurzeit schwebende Tarifstreiks der Textilindustrie werden im neutralen Schiedsgerichtsverfahren erledigt. Das Schiedsgericht setzt sich aus 3 Schiedsrichtern zusammen. Den Vorsitzenden ernannt der Reichsarbeitsminister, die beiden Parteien je einen Beisitzer. Die Verhandlungskommission besteht aus je 5 Vertretern. Für den einzelnen Fall ist es den Parteien überlassen, einen dieser Vertreter auszusuchen.“ Bei Punkt 4 erfolgte eine Änderung. Die bisherige Fassung lautete:

„Mithin ist der Versuch des Schiedsgerichts, eine Einigung herbeizuführen, so fällt das Schiedsgericht einen Spruch. Ist dieser Spruch einstimmig, gilt er für beide Parteien als verbindlich. Ist der Spruch mit Mehrheit zustand gekommen, entscheiden die Parteien innerhalb 24 Stunden über Annahme oder Ablehnung des Spruches. Auf Antrag der annehmenden Partei entscheidet die zuständige amtliche Stelle über die Verbindlichkeit des Spruches. Der Antrag auf Verbindlichkeit muß innerhalb 3 Tagen gestellt sein.“

Die beiden letzten Sätze des Punktes 4 fielen weg. An deren Stelle trat folgender Satz: „Kommt ein Schiedspruch nicht zustande, oder werden die Schiedsprüche von einer oder von beiden Parteien abgelehnt, dann entscheidet der Reichsarbeitsminister in kürzester Frist endgültig.“

Punkt 5 blieb bestehen. Er lautet: „Bis zur Entscheidung des Schiedsgerichts bzw. der zuständigen amtlichen Stelle bleibt der bisherige Zustand unverändert.“ Dem Textilarbeitervorschlag wurde dann noch ein 6. Punkt hinzugefügt; er lautet: „Die Verkündung der Schiedsprüche erfolgt gemeinsam.“

Der Gegenvorschlag der Gewerkschaften hat sich also als brauchbares Verhandlungswerkzeug erwiesen. Sein Kern, die Einschaltung des staatlichen Schlichtungsfaktors in das Schiedsgericht, mußte auch von den Unternehmern anerkannt werden.

Die eigentlichen Verhandlungen zur Beilegung der Konflikte in der Textilindustrie werden, wie wir erfahren, wahrscheinlich schon am nächsten Dienstag beginnen. Jedenfalls ist damit zu rechnen, daß im Verlauf der kommenden Woche alle Streitfälle zur Verhandlung kommen. Die Aussichten auf eine baldige Beilegung der Konflikte haben sich gebessert.

Gegen die Panikmacherei!

Kommt eine Lebensmittelnot?

Die lange und strenge Kälte dieses Winters, besonders der sibirische Frost und die Schneestürme der letzten Tage, haben besonders für das Volk von Berlin große Sorgen gebracht. Die Weltstadt Berlin hat mehrere hunderttausend Arbeitslose, die heute für ihre Familien kaum mehr als die Hälfte ihres früheren Einkommens haben. Dies wenige Geld hat infolge der Kältekatastrophe auch noch weniger Wert. An die Beschaffung wärmerer Kleidung ist nicht zu denken. Die Brennstoffe werden knapp und die arme Bevölkerung friert um so mehr, als sie in meist schlechten Wohnräumen vielfach auch noch schlechte Betten hat. Noch immer sind die Einkommensverhältnisse der arbeitenden Massen so ungünstig, daß nur die wenigsten sich Brennstoffe für den ganzen Winter hinlegen können. Man lebt von der Hand in den Mund, man muß beim Kleinhändler zentnerweise oder gar eimerweise nach Bedarf kaufen, und die Händler selbst legen bei der traurigen Organisation des Berliner Kohlenhandels nicht mehr Vorräte hin, als sie in 8 oder 14 Tagen verkaufen können. So muß heute in vielen Gegenden von Berlin um Brennstoffe angestanden werden und der Bedarf gerade der Ärmsten wird am spätesten und am schlechtesten befriedigt.

Diese Lage ist im höchsten Maße traurig. Sie erfordert die höchste Anspannung der Behörden — nicht nur Sparbarkeit überhaupt im Verbrauch von Brennstoffen, sondern auch organisierte Sparbarkeit überall. Es ist selbstverständlich, daß die Gas- und elektrischen Kraftwerke, die die Haushaltungen und die Betriebe versorgen, voll in Gang gehalten werden müssen. Aber es ist ebenso notwendig, daß wenn bei den Großverbrauchern von Brennstoffen, auch bei der Reichsbahn, heute Vorräte vorhanden sind, die vorübergehend für den Hausbrand freigemacht werden könnten, oder wenn die Zufuhren ausreichend groß sind, damit diese Bestände für den Hausbrand gelockert werden können, die Behörden mit aller Kraft in dieser Richtung eingreifen.

Die vorübergehende Schließung der Schulen ist zweifellos eine richtige Maßnahme. Mit drakonischen Mitteln müssen die Behörden auch dagegen Vorkehrungen treffen — das Polizeipräsidium hat die Bevormundung entsprechender Anzeigen angeordnet —, daß aus der Brennstoffnot von unverantwortlichen Händlern nicht noch besondere Elendsprofiite gemacht werden. Die Brennstoffkäufer müssen die gestern von uns veröffentlichten Brennstoffpreise kennen, um sich gegen Ueberverteilung schützen zu können, weil sonst die Aussicht auf höhere Preise auch noch zur Hamsterung von Kohlenlagern bei den Händlern führt.

Das wirklich ernste und wirklich gefährliche an der jetzigen Situation scheint aber nicht einmal die wirklich vorhandene Not zu sein. Viel schlimmer ist, daß die natürliche bei jedem vorhandene Sorge — man kann in der Tat nicht wissen, ob die Kälte und die Schneestürme nicht anhalten bzw. wiederkehren — künstlich zu einer panikartigen Beunruhigung der ganzen Bevölkerung von schreibellosen Leuten und sensationshungrigen Blättern gesteigert wird. Die Unterrichtung des Publikums über die wirkliche Lage ist eine unbedingte Notwendigkeit. Unverantwortlich aber ist es, in einem Augenblick, wo von den Behörden die größte Anspannung verlangt wird, die Unruhe zur Panik zu steigern. Während heute noch alle Bahnen fahren und höchstens Verknüpfungen eintreten, die aber die Versorgung nicht gefährden können, wird behauptet, die Zufuhr von Lebensmitteln nach Berlin sei abgebrochen. Zweifellos sind schon die Kartoffeln knapp. Sicher wird es sehr schwierig, vielfach unmöglich sein, die Kartoffeln von den Wägen auf dem Lande in die Stadt zu bringen. Es ist also durchaus möglich, daß eine Unterversorgung mit Kartoffeln eintritt, wenn die strenge Kälte anhält.

Aber es ist eine große Uebertreibung, aus der Kartoffelnnot eine allgemeine Lebensmittelnot zu machen, denn es ist einfach nicht wahr, daß etwa Margarine, Butter, Eier und Fleisch heute schon knapp wären. Wir leben heute nicht mehr in Kriegs- und Inflationsverhältnissen, wo Getreide, Brot und Mehl, Teigwaren und Hülsenfrüchte, mit denen man immerhin die Kartoffel ersetzen kann, einfach nicht vorhanden waren. Gerade diese wichtigen Lebensmittel aber unterliegen der Verknappung durch die Kälte nicht. Aufschärfte zu verurteilen ist es deshalb, wenn gestern ein vielgelesenes bürgerliches Spätchenblatt in seiner Aufmachung eine Lebensmittelpanik geradezu züchtete. Dieses Blatt bringt es fertig zu schreiben, daß wir jetzt „tödlicher einer Wiederholung der traurigen Kriegs- und Inflationsstage entgegen sehen werden“, wo alle Stürme auf die Lebensmittelgeschäfte nichts halfen.

Gerade weil wir alle die ungeheure Notzeit der Kriegs- und Inflationsverhältnisse noch in zu guter Erinnerung haben, gerade weil wir wissen, was wir damals jahrelang gelitten haben und wie sehr alle Käufer- und Verkäufermoral, einfach weil das Elend dazu zwang, damals zum Teufel gegangen ist, gerade deshalb ist es unverantwortlich in heutigen Verhältnissen, aus Fahrlässigkeit oder Sensationslust auf eine Panikstimmung hinzuwirken. Die Brennstoffnot ist heute wirklich

Der Waffenfund in Wien.

Legale Waffen aus früherer Zeit. — Seipels Gewalttat gegen die Arbeiterpartei.

Wien, 15. Februar. (Eigenbericht.)

Die bürgerliche Presse hat am Freitag über die Hausdurchsuchung im sozialdemokratischen Parteihaus alle möglichen Lügen und Erfindungen veröffentlicht. U. a. wurde behauptet, daß etwa 30 Maschinengewehre gefunden worden seien. In Wirklichkeit ist nur ein altes gebrauchsunfähiges Maschinengewehr gefunden worden. Von den übrigen Waffen sind die meisten Kleinkalibergewehre, die für den Arbeiterschützenverein legal aus Deutschland bezogen wurden und wofür die Zollbehörden die amtliche Einfuhrerlaubnis gegeben haben. Die anderen Waffen stammen aus der Zeit unmittelbar nach dem Umsturz. Damals verteilte der deutsch-nationale Staatssekretär Mayer an alle Parteien Gewehre, andere wurden den Arbeitern zur Zeit des Einfalls der ungarischen Banden in das Burgenland zur Verfügung gestellt.

Die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt, daß es sich um einen Anschlag des Bundeskanzlers Seipel handle und das gesamte politische und parlamentarische Leben durch solche Maßnahmen vergiftet werden müsse. Wie könne man mit einer Regierung sachlich über irgendwelche Fragen verhandeln, wenn sich diese Regierung nicht scheue, eine von langer Hand vorbereitete Gewalttat auszuführen. Die Frage, was Dr. Seipel damit bezwecken wollte, sei nebensächlich. Wichtig sei nur, daß er die schändliche Gewalttat gegen die Sozialdemokratie verübt hat. Selbst wenn die Waffen zum Schutze des Parteihauses und der kostbaren Druckereimaschinen gedient haben sollten, wäre das nach den Erfahrungen in anderen Ländern, besonders in Deutschland und Italien, mehr als gerechtfertigt, zumal die Heimwehr, die aus den staatlichen Depots Geschütze gestohlen hat und sich unter Leitung von Offizieren des Bundesheeres bei Schießübungen mit Maschinengewehren öffentlich fotografieren lasse.

Man bedauert schon.

Wien, 15. Februar.

In politischen Kreisen bedauert man, wie auch in der Presse zum Ausdruck kommt, diesen Zwischenfall, da gerade in der letzten Zeit zwischen den bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten, besonders im Parlament, eine persönliche Stimmung geherrscht hat.

Heimwehraufmarsch in Wien!

Wien, 15. Februar.

Wie der „Abend“ erfahren haben will, ist der für Sonntag, den 24. Februar, geplante Aufmarsch der Wiener Heimwehrgeschützorganisation im Arbeiterbezirk Meidling der Polizeidirektion bereits vor einigen Tagen gemeldet worden. Die Polizei hat die Anmeldung zur Kenntnis genommen. Dem Watt zufolge beschließen die Heimwehren, sich auf dem Schiller-

platz an der Ringstraße zu versammeln und in geschlossenem Zuge an dem sozialdemokratischen Parteihaus in der Linken Wienzeile vorbei nach Meidling zu ziehen.

Löbe über den Anschluß.

Lösung durch wachsendes Vertrauen zwischen Deutschland und Frankreich.

Frankfurt a. d. O., 15. Februar. (Eigenbericht.)

In einer überfüllten Versammlung in Frankfurt a. d. O. sprach Reichspräsident Löbe im Auftrage der Reichszentrale für Heimadmission über die Anschlußfrage. Er leitete die Notwendigkeit des Anschlusses aus der nationalen und wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit Deutschlands und Oesterreichs her und wandte sich mit besonderer Schärfe gegen die von Polen und Frankreich ausgesprochene Befürchtung eines Handstreiches. Er meinte, diese Bitter führen ihre Befürchtung auf Ereignisse ihrer eigenen Geschichte zurück, an Gegenwart zu denken sei sinnlos und gefährlich. Der Krieg habe gezeigt, daß es Sieger nicht mehr gebe. So habe das siegreiche Frankreich mehr Late im Kriege betrauert als Elend-Lothringen Einwohner zählte. Nicht aus Gewaltstreichen, sondern aus dem wachsenden Vertrauensverhältnis zwischen Frankreich und Deutschland erwarte er die Lösung der Anschlußfrage. Sie werde erfolgen, wenn die Welt nicht mehr in Regimentern und Rekruten denke.

Die Rede Löbes wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Englische Sittenpolizei.

Entrüstung in Frankreich.

Paris, 15. Februar. (Eigenbericht.)

In einem Teil der französischen Presse finden sich am Freitag heftige Angriffe gegen die Art, in der die in englischen Häfen einreisenden Französinen, auch junge Mädchen, die in England Studien treiben wollen, auf ihre Gesundheit in einer Art Untersuchung werden, daß das Anstandsgefühl aufs empfindlichste verletzt werden müsse. Ein Pariser Blatt schlägt vor, da alle Proteste ohne Wirkungen geblieben seien, einfach gleiches mit gleichem zu vergelten und auch auf die nach Frankreich reisenden Engländerinnen eine solche Untersuchung anzuwenden.

Troiki in Konstantinopel.

Am 13. Februar eingetroffen.

Das Berliner Organ der kommunistischen Linksopposition hat ein Telegramm aus Konstantinopel erhalten, in dem Troiki selbst seine Ankunft mit Frau und Sohn anzeigt.

Krise und Lösung.

Eine Mahnung Dr. Wirths in der „Deutschen Republik“ — aber an wen?

ernst. Aber selbst in Jahren wie dem vorigen, in dem wir lange nicht diese anhaltende und strenge Kälte hatten wie jetzt, mußte Berlin zeitweise frieren. Die eigentlichen Ursachen dafür liegen aber nicht in der ungenügenden Erzeugung, sondern in der ungenügenden Bereithaltung von Brennstoffen. Seit Jahren haben wir eine planmäßige Versorgung der Großstadt Berlin durch eine systematische Brennstoffwirtschaft verlangt. Immer wieder hatte Berlin Versorgungsrisiken mit Brennstoffen. Es konnte aber nichts erreicht werden, weil dieselben Kreise, die heute die Panikstimmung erzeugen, selbst keinerlei Vorschläge zu machen wissen, sich gegen eine planmäßige Brennstoffversorgung auf das schärfste gewehrt haben. Die Erzeuger von Panikstimmungen waren noch nie ernste Helfer des Volkes. Sie waren noch immer die Schrittmacher des Buchers, des unvernünftigen Hamsters und aller derjenigen, die aus der Not des Volkes ein Kapital machen.

An eine Lebensmittelnot ist heute nicht zu denken. Es ist die Aufgabe der Polizei, aufs schärfste gegen jeden vorzugehen, der die unvorsichtige Panikmache dazu benutzt, die Preise der Lebensmittel heraufzujagen. Die Gas-, Wasser- und elektrischen Kraftwerke funktionieren und sind ausreichend mit Heizstoffen versorgt, die Eisenbahnen fahren und es kann äußerster Falles eine verspätete Belieferung der Lebensmittel — und sonstigen Märkte eintreten, nicht aber eine wirklich empfindliche, zur Not sich steigende Verknappung. Die Bergwerke und die Braunkohlenindustrie arbeiten, die Steinkohlenbergwerke unbeschränkt, die Braunkohlenwerke mit etwa zwei Dritteln ihrer Leistungsfähigkeit. Was an Brennstoffen gefördert und erzeugt wird, kann Berlin erreichen. Sicher ist nur, daß im Augenblick und eventuell, wenn die Kälte fort-dauert, auch noch länger eine Verknappung der Brennstoffe eintritt. Hier aber kann keine Aufregung und keine Panik etwas nützen, sondern nur, soweit überhaupt zu helfen ist, die Disziplin der Käufer und die strenge Kontrolle über die Verkäufer. Darüber hinaus muß von den Behörden alles getan werden, um die Vorräte zu strecken und dafür zu sorgen, daß die Brennstoffe an diejenigen kommen, die sie am allerdringendsten brauchen.

Gegenüber Naturkatastrophen wie der jetzigen, muß notwendig jede Organisation zunächst versagen, da keine Organisation auf Ereignisse eingerichtet sein kann, die vielleicht alle hundert Jahre einmal wiederkehren. Handelt es sich aber um Katastrophen, dann ist die leichtfertige Züchtung von Panikstimmungen, wo Disziplin und Anspannung aller Kräfte notwendig wäre, ein Verbrechen. Davon unabhängig kann man aber auch aus der heutigen Situation lernen, wie notwendig und wichtig eine voraussehende und planmäßige Versorgung der Millionenmassen von Weltstädten ist, wie sie die Arbeiterschaft schon immer angestrebt hat, und wie ernsthaft in der Zukunft daran gearbeitet werden muß, daß die organisierte Bedarfsdeckung für die Verbraucher, besonders bei den alternierendsten Lebensbedürfnissen wie Kohlen und Kartoffeln, für alle Fälle in der Zukunft sichergestellt wird.

Kulturpolitik des Reichsinnenministers. Schulfragen und Lehrerbildung.

Der Reichsminister des Innern Severing empfing zu einer Besprechung über Schulangelegenheiten Vertreter der deutschen Lehrerschaft. Bei dem Empfang wurden die Fragen der Grundschule, des Reichsschulgesetzes, der Lehrerbildung, der Schulpflicht und der Zuschüsse des Reiches zu Einrichtungen auf dem Gebiete der Schul- und Erziehungsweesen besprochen.

Im Hinblick auf das Reichsschulgesetz wurde von den Vertretern der Lehrer betont, daß die bisherigen Entwürfe leider lediglich die Schulform hätten nach der funktionellen und weltanschaulichen Seite festlegen wollen. Der Reichsminister des Innern betonte, daß die Schwierigkeiten des Reichsschulgesetzes eine Folge der unsicheren politischen Lage sei, und des fortwährenden Wechsels in der Reichsregierung und im Reichsinnenministerium. Zu einem Reichsschulgesetz, das gegen seine Ueberzeugung sei, werde er sich nicht drängen lassen.

Die Lehrervertreter bedauerten weiter, daß die Regelung der Schulpflicht durch ein Reichsgesetz noch nicht vorangeschritten sei. Es gäbe heute noch ein deutsches Land (Württemberg), das die in der Verfassung festgelegte achtjährige Schulpflicht nicht durchgesetzt habe. Endlich wurde die Notwendigkeit der Durchführung der Verfassung im Hinblick auf die Lehrerbildung betont. Der Reichsinnenminister betonte, daß er im Hinblick auf diese Fragen auf dem Verwaltungswege vielleicht einiges erreichen könne.

Herr Adenauer regiert.

Jeder Oberbürgermeister sein eigener Außenminister.

Die „Rheinische Zeitung“ in Köln teilt folgendes über die neueste Heldentat des Oberbürgermeisters Adenauer mit:

„Von der Stadtverwaltung Köln sind inzwischen von der Presse die Herren Dr. Scheuble und Dr. Petri als „Hilfskräfte für Auslandswerbung“ mit einer Besoldung nach Gruppe 10 übernommen worden. Dr. Scheuble wird Südamerika und Asien besuchen, und zwar zur Antinzipation persönlicher Bezüge. Dr. Petri wird zunächst die Kölner Geschäfte übernehmen, jedoch hat auch er Reisepläne nach England für Köln geknüpft. Das städtische Verkehrsamt, dem die Herren angegliedert sind, hat bereits seit Jahren eine Kongreßstelle, die auch bisher die Auslandswerbung betriebe. Wir leben hier eine neue Einrichtung, die mit der Zeit ein größeres Bureau mit ausländischen Korrespondenten notwendig machen wird, obwohl bereits das Verkehrsamt über einen ausländischen Korrespondenten (wenn wir nicht irren, in Köln) verfügt.“

Herr Adenauer hat noch nicht genug mit den deutschen Auslandsvertretungen, er braucht eigene künftliche Vorkämpfer. Jetzt weiß man auch, warum er an „Ruffini“ telegraphiert hat: er hat sich als ein eigener Außenminister gefühlt. Herr Adenauer, so meint die „Rheinische Zeitung“ hält einen Oberbürgermeister, und erst recht einen Oberbürgermeister von Köln, für eine historische Figur, die an Bedeutung und Wirkungsmöglichkeit mindestens mit dem englischen Außenminister, dem amerikanischen Präsidenten und dem Mikado gleichzusetzen ist.

Die Einschränkung der Einwanderung Reichsdeutscher nach USA, die der Senatsausschuß beschlossen hat, trifft auch die Skandinavier und Iren. Sie ist aber nur der Vollzug des Gesetzes von 1924, den aufzufrieden bisher gelungen war. Ledigens hat der Beschluß, daß er Gesetz wird, noch überhand Klippen zu umschiffen, so daß es noch nicht sicher ist, ob es dabei bleibt.

Rumänien bietet über den Dösterbund all seinen Mitgliedstaaten Kriegsschiffverträge an.

In der Zeitschrift „Die Deutsche Republik“, ursprünglich zur Vertretung gemeinschaftlicher republikanischer Interessen gegründet, stößt der Zentrumsführer Dr. Wirth einen vernünftlichen Krisenschrei aus. Er selbst bezeichnet seinen Artikel als ein „Lamento“, und man muß in der Tat sagen, daß Dr. Wirths lebhafteste Vorstellungsgabe, sein Vorzug und seine Schwäche, ihn diesmal die Dinge reichlich schwarz in schwarz sehen lassen.

Wollte man Dr. Wirth fragen, so müßte man in der jetzigen Reichskrise fast das Ende der Demokratie sehen. Er schreibt nämlich:

Diesmal ist die politische Lage im ganzen so übel, so vergiftet, so wenig nach der sachlichen Seite hin getürrt, daß man verlesen kann, wenn man das politisch-parlamentarische System als trant und todmüde bezeichnen. Es kann wirklich nicht so weiter gehen, wie in den letzten Tagen, sonst endet die zehnjährige Entwicklung der Demokratie in Deutschland genau so, wie der Liberalismus in Italien abgetreten ist. Der ganze Spud der letzten Wochen — und um einen solchen handelt es sich — ist der Vorbote des Faschismus. Was ist da noch an Ansehen des parlamentarischen Systems zu verlieren?

Da zweifellos die Gegner des parlamentarischen Systems diese Sätze noch oft und ausgiebig zitieren werden, wie auch die weiteren Ausführungen Dr. Wirths, daß „jeder nur noch an seinen eigenen Parteiladen denkt“, so soll hier zunächst klar und deutlich betont werden, daß zu derartigen Pessimismus kein Anlaß vorhanden ist und daß wir die jetzige Situation durchaus nicht als so verfahren und gefährdend ansehen. Allerdings — darin geben wir Dr. Wirth recht: Einsicht und guter Wille aller Beteiligten tut not, um endlich im Reich zu sachlicher Arbeit zu gelangen. Wenn Dr. Wirth zu Beginn seiner Ausführungen darauf hinweist, daß man sogar, wenn auch nur mit schwersten Mühen, in der Justiz langsam festen Boden unter den Füßen bekomme, so darf darauf hingewiesen werden, daß dies eine Frucht des jahrelangen treuen und sachlichen Zusammenarbeitens der drei Weimarer Parteien in Preußen ist.

Aber in Preußen soll ja wohl die Wurzel des Reichs-übels liegen. Dr. Wirth schildert in seinem Artikel die Entstehung der Krise und gibt dabei auch eine beachtliche Darstellung des so seltsam mißverstandenen Angebots von zwei preussischen Ministerfraktionen, das nach der Erklärung von Dr. Heß das Zentrum der Volkspartei durch Vermittlung Hermann Müllers gemacht habe, und von dem weder Ueberbringer noch Empfänger etwas wußten. Lassen wir Dr. Wirth sprechen:

Der neue Parteichef des Zentrums sprach auch noch davon, daß seine Bereitschaft, die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages zu bitten, der Deutschen Volkspartei zwei Minister zuzugestehen, eine ernste politische Realität sei. Ich war selbst Zeuge der Vorgänge, welche diese politische Realität schufen. Es war ein außergewöhnlicher Vorgang in der Geschichte der Zentrums-partei. Zur Besprechung der politischen Lage traten zusammen Mitglieder des Fraktionsverbandes, des Geschäftsführenden Parteivorstandes, auch solche aus dem Lande, und Mitglieder der preussischen Zentrumsfraktion. Die Beratungen dauerten mehrere Stunden, und

Immer noch Krachstimmung im Zentrum Der „Deutsche“ gegen kapitalistischen Geist im Zentrum.

Die Krise im Zentrum ist durch den Rückzug aus der Regierung nicht beigelegt, die Angriffe der christlichen Gewerkschaften gegen Zentrumsorgane geben weiter. Der „Deutsche“ und die „Königliche Volkszeitung“ haben eine neue Polemik begonnen, diesmal über einen Aufsatz der „Sozialwirtschaftlichen Korrespondenz“ über die Sozialversicherung. Der „Deutsche“ sagt der „K.“:

„So lange die „K.“ ihre Spitze geküffelt gegen die sozialen bzw. die Einrichtungen, die zum Schutze der Armen und Schwachen geschaffen sind, richtet (siehe u. a. auch ihre Haltung zum Schlichtungswesen), so lange sie selbst von der „Deutschen Bergwerkszeitung“, einem Schmarochblatt in des Wortes überster Bedeutung, wiederholt gegen die sozialwirtschaftlichen Belange der Arbeitnehmer zitiert werden kann, können wir sie als objektiv nicht ansehen. Die tausendfältigen Ungerechtigkeiten im Gesellschaftsleben, der Mißbrauch der wirtschaftlichen Stärkeren (siehe u. a. Ausperrungen in der Textilindustrie) berühren die „K.“ anscheinend nicht so stark wie die Haltung der christlichen Gewerkschaften. Letztere lehnen es aber entschieden ab, der „K.“ die Rolle eines Zensors über ihr Verhalten einzuräumen.“

Die inneren Spannungen, die diese gereizte Polemik verrät, sind eine der Ursachen für die Unsicherheit der Zentrumsstift in den letzten Wochen.

Sachliche Arbeit in Paris.

Durchleuchtung des Parker-Gilbert-Berichts.

Paris, 15. Februar. (Eigenbericht.)

Jeden Morgen warten in der Halle des Hotels Georg V. die Journalisten aller Länder darauf, daß sich die Pforten des Konferenzsaales öffnen. Wenn Pierpont Morgan aus der Türe tritt weiß jeder, daß die Beratungen wieder einmal zu Ende sind. Dann versammeln die Unglücklichen aus den einzelnen Delegationen, die den undankbaren Auftrag haben, die Presse zu „informieren“, ohne das Verhandlungsgeheimnis zu verletzen, ihre Rücksicht um sich. Von den Deutschen pflegt sich Geheimrat Kastl dieser Aufgabe zu entledigen. Wie wir seinen Mitteilungen entnehmen, berieten die Sachverständigen am Freitag morgen über die Anwendung und den Nutzen der von Deutschland im Zustand aufgenommenen Kredite; wenn auch nicht alle einem unausschließbaren Bedürfnis entsprachen hätten, so hätten sie doch die deutsche Wirtschaft gefördert. Nach einem ausführlichen Exposé Dr. Schachts über einen ganzen Fragentomplex sprachen der Franzose Moreau und der Italiener Pirelli. Am Nachmittag wurde die Besprechung der deutschen Zahlungsbilanz wieder aufgenommen.

Verschiedene Delegationen haben wieder Klage über Senfationsmeldungen in der Presse geführt. Es wurde betont, daß es sich vorläufig um Besprechungen ganz allgemeiner Natur handelt, die den Sachverständigen die Möglichkeit geben sollten, sich auf-

einander einzuspielen und das Terrain zu sondieren. „Wir behandeln“, erklärte Kastl, „die Probleme nicht als Politiker, auch nicht als Wissenschaftler, sondern als Geschäftsleute, die eine Sache regeln wollen.“ Von Franzosen konnte man hören, daß das ständige gegeneinander Auspielen aller längst bekannter Standpunkte, wie es deutsche und französische Blätter tun, nur dem Umpfen der Sachverständigenkonferenz schaden könne.

Von praktischen Konferenzergebnissen kann selbstverständlich einstweilen nicht gesprochen werden. Es sind lediglich Vorpostengefechte, die sich die Delegierten bisher geliefert haben und in denen es den Deutschen gelungen ist, den französischen „Aufmarschplan“ empfindlich zu stören. Die Franzosen hatten beabsichtigt, ohne weiteres die von den alliierten Gläubigermächten angemeldeten Forderungen zur Diskussionsbasis für die Festsetzung der deutschen Zahlungspflicht zu machen. Statt dessen diskutiert man seit einer Woche über Deutschlands finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Ein Vorteil ist es, daß durch diese sachlich geführte Auseinandersetzung der übertriebene Optimismus, den der Bericht Parker Gilberts namentlich in Frankreich ausgelöst hat, bereits einen starken Dämpfer erfahren hat, so daß man nunmehr auch in der französischen Öffentlichkeit anfängt, die durch die deutsche Leistungsfähigkeit begrenzten Möglichkeiten der Endlösung mit etwas mehr Wirklichkeits Sinn zu betrachten.

Die Beratungen des Bergedats beendigt. Sozialpolitische Verbesserungen beschlossen.

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtags wurde am Freitag die Aussprache über den Bergbauhaushalt zu Ende geführt. Angenommen wurden Anträge, in denen gefordert wird: Vermeidung des Bezugs ausländischer Kohle, Verbot der Prämienzahlung, Unterstützung der niederländischen Knappschicht, Verbot der Kontrolle des Arbeitsorganes durch Stoppuhren, Ausdehnung der Amtsdauer der Betriebsräte auf zwei Jahre, Bereitstellung weiterer Mittel zur ersten Hilfeleistung bei Unglücksfällen, Kontrolle der Ueberarbeitszeit. Die Vorarbeiten für den Bau des Hanjalkanals sollen möglichst bald abgeschlossen werden. Ferner wurde die Finanzierung von Tiefbohrungen im obersteilischen Steinkohlenrandgebiet genehmigt.

Die „Waterländischen“ geben den Ton an Und die Münchener Polizei gehorcht.

München, 15. Februar. (Eigenbericht.)

Die „München-Augsburger Abendzeitung“ löst den Schleier um das Verbot des Auftretens der Josefina Baker. Sie teilt mit, daß der Präsident der Waterländischen Verbände gegen ihr geplantes Gastspiel protestiert habe. Danach stellt sich die Handlungsmelie der Polizei als eine politische Kapitulation vor den sogenannten „Waterländischen Verbänden“ dar.

Keine Amnestie in Frankreich.

Sozialisten fordern sie. — Kommunisten schimpfen.

Paris, 15. Februar. (Eigenbericht.)

Der Antrag der Sozialisten, der ein allgemeines Amnestiegesetz fordert, führte am Schluß der Kammer Sitzung zu einem kurzen aber scharfen Waffengang zwischen der Linken und der Regierung. Abg. Paul Faure begründete den Antrag außerordentlich wirkungsvoll, erinnerte daran, daß die Mehrheit sich im November zugunsten einer allgemeinen Amnestie ausgesprochen habe, die Regierung jedoch diesem Wunsche keinerlei Folge gegeben habe. Die Regierung stelle gegen den sozialistischen Antrag die Vertrauensfrage. Die Amnestie habe seit einem Jahrhundert zu den großen Traditionen der Republik gehört. Selbst in Zeiten schwerer Unruhen haben Regierung sie gewährt. Das elendliche Problem könne, wie alle Vertreter des Volk einmütig betont haben, nur durch eine Maßnahme dieser Art gelöst werden und was dem Volk recht sei, sei dem übrigen Frankreich billig.

Außernminister Barthou bekämpfte im Namen des gesamten Kabinetts den sozialistischen Antrag mit der ihm eigenen Schärfe und Ausführllichkeit.

Zu einer Amnestie bestche im Augenblick keinerlei Anlaß, die politische Lage verbiete der Regierung, dieser Anregung Folge zu geben.

Niemals habe die revolutionäre Propaganda in der Armee größere und gefährlichere Ausmaße gehabt als gegenwärtig. Unangebrachte Milde wäre deshalb eine Prämie auf die Aufreizung zur Rebellion!

Im Namen der Radikalsozialen unterstützte Abg. Delbos den Antrag. Er bezeichnete die Haltung der Regierung als unpolitisch und unpatriotisch. Während man Schieber und die Rührhaken der großen Korruptionsaffären straffrei gelassen, habe man Leute, die sich lediglich unter der Wirkung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Nachkriegszeit zu Unbedachtsamkeiten hinreißen lassen, massenhaft in die Gefängnisse geworfen.

Der Kommunist Biquemal erging sich in wider Heiße gegen die Sozialisten und erreichte damit lediglich, daß die Stimmung der Kammer, die dem sozialistischen Antrag ausnehmend günstig war, in das Gegenteil umschlug, mit dem Erfolg, daß der sozialistische Amnestieantrag mit 320 gegen 255 Stimmen abgelehnt wurde.

Der Wojwode als Selbstherrscher.

Seine Garde: die Aufständischen.

Kattowitz, 15. Februar.

Der Aufständischen-Verband veröffentlicht in der „Polka Zachodnia“ (d. h. etwa Polens Westende) einen Aufruf an die polnische Bevölkerung, worin der Genugtuung über die Auflösung des schließlichen Sejms Ausdruck gegeben und dem Wojwoden der Dank ausgesprochen wird. Der Verband fordert die polnische Bevölkerung auf, eine „Einheitsfront“ (Gracypakt-Front) gegen die Arbeit der Deutschen und Korjanisten zu bilden.

Verhandlungspunkt des Völkerbundrates in Polen konfiguriert!

Genf, 15. Februar. (Eigenbericht.)

Das Völkerbundsekretariat hat eine Zusammentagesordnung für die Ratssitzung vom 4. März veröffentlicht, die außer einem Bericht über die völkerrechtliche Seite der Errichtung einer Radio-Station des Völkerbundes die Petition der deutschen Widerheitsorganisation in Ost-Oberbayern über die Verhaftung des Wöllig enthält. Die Beschlagnahme der Blätter, die den Fortlaut dieser Petition veröffentlicht haben, durch die polnische Polizei berührt hier um so merkwürdiger, als die Widerheitsorganisation nur Petitionen zur Behandlung übergibt, die keine Beleidigung des betreffenden Staates oder seine Behörden enthält. Da die Petition der deutschen Oberbayern auf die Tagesordnung des Rates gesetzt ist, wird die Vorenthaltung des Wortlautes durch die polnische Polizei vom Völkerbund desavouiert.

Wie die Widerheiten entrechtet werden sollen.

Lemberg, 15. Februar.

Das ukrainische Blatt „Dilo“ macht darauf aufmerksam, daß der vom polnischen Regierungsbüro eingebrachte Entwurf einer Abänderung der Verfassung eine wesentliche Einschränkung des Interpellationsrechts vorzieht. Interpellationen sollen danach nur eingebracht werden dürfen, wenn sie von einem Fünftel der Gesamtheit der Abgeordneten unterzeichnet sind. Nach dem gegenwärtigen Stand des polnischen Sejms wären dann für eine Interpellation 80 Unterschriften erforderlich, für die nationalen Minoritäten würde damit das Interpellationsrecht praktisch aufgehoben.

Richtermusterung in Rußland.

Absehung angeblicher Kulakenfreunde.

Moskau, 15. Februar.

Die „Säuberung“, welche die Zentralkommission angeordnet hat, um „den Schmutzapparat von fremden Elementen zu reinigen“, dürfte sich auch auf die Justiz ausdehnen. Die Sowjetpresse hat eine scharfe Kampagne gegen das Gerichtswesen begonnen und behauptet, daß unter den Richtern und Untersuchungsrichtern nicht wenige absichtlich oder infolge mangelnden Verständnisses von der proletarischen Klassenlinie abweichen; sie begünstigen die „Kulaken“ bei deren gerichtlichen Auseinandersetzungen mit der „Dorfarmut“. Die „Pravda“ führt eine lange Reihe Fälle an, in welchen die Gerichte Klagen gegen Kulaken so verschleppt hätten, daß unterdessen die Angeklagten die Spuren ihrer sowjetfeindlichen Tätigkeit hätten verwischen können; eine „Säuberung“ des Richterstandes sei allerdings sehr schwierig, da es einem Richter nicht schwer wäre, sich hinter juristische Formalitäten zu verbergen, um seine „rechtsoppositionelle kulakenfreundliche Gesinnung“ zu verbergen. — Einige Maßnahmen sind bereits vollzogen. In Kalan wurden 73 Richter und Gerichtsangestellte entlassen, in Ostibirien 20 Richter bzw. Untersuchungsrichter, in Lwow ist eine große Säuberung gerade im Gange. In Welschrußland wurde der Vorsitzende des Obersten Kollegiums des Landgerichts, Dobanowski, abgesetzt, ebenfalls wegen „Abweichens von der Klassenlinie“.

Dolar Slater als Entschädigung. Das britische Unterhaus hat 6000 Pfund für Dolar Slater als Entschädigung für unschuldig verurteilte 18-jährige Jugendstrafe bewilligt.

Die Schlacht von Chicago.

Bei einer Verbrechensschlacht in Chicago wurde eine Geheimbrennerei zerstört und acht Personen wurden erschossen.



Zimmertreu zu Immermann: „Da ham sich nu die Berliner über unfer bißten Keiterei uffjeregt!“

Ein abgelehnter Vorsitzender.

Staatsanwalt gegen Richter.

Der wohl noch nie dagewesene Fall, daß der Staatsanwalt den Vorsitzenden des Gerichtshofes wegen Beförderung der Befangenheit ablehnt, ereignete sich gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Dr. Rehner. Angeklagt war ein Dentist Schneider wegen Vergehens gegen das Republikstrafgesetz und wegen Beleidigung des Ministerialdirektors Falk und des früheren Landtagsabgeordneten Polizeifreier Rabe im Lokal, die sich ein solches Benehmen nicht gefallen ließen und das Ueberfallkommando anriefen.

Der Dentist Schneider aus Neutalun sah an einem Novembertage des vorigen Jahres im Fürstenbergbräu am Potsdamer Bahnhof, trank Schnaps und machte Standal. „Juden raus, wir brauchen keine Judenrepublik!“ so schrie er unaufhörlich. Zufällig aber befanden sich der Ministerialdirektor Falk vom Reichsinnenministerium und der frühere demokratische Landtagsabgeordnete Polizeifreier Rabe im Lokal, die sich ein solches Benehmen nicht gefallen ließen und das Ueberfallkommando anriefen. Schneiders Personalien wurden festgestellt, und jetzt hatte er sich wegen Beschimpfung der Staatsform (Vergehen gegen das Gesetz zum Schutze der Republik) und Beleidigung zu verantworten. Er sagte, was diese Herren immer jagten: „Ich war total betrunken.“

Bei der Verhandlung kam es nun zu einem ersten Zwischenfall. Dr. Falk und Oberstaatsanwalt Rabe waren gleichzeitig als Nebenkläger und Zeugen benannt. Als der Vorsitzende Amtsgerichtsrat Rehner diese beiden Herren vor Eintritt in die eigentliche Verhandlung dat, als Zeugen den Saal zu verlassen, er-

haben diese zusammen mit ihren Rechtsbeiständen, den Anwälten Dr. Roth und Dr. Bendig, dagegen Widerspruch, da es nach ihrer Ansicht gesetzlich unzulässig sei, Nebenklägern, auch wenn sie als Zeugen geladen seien, die Anwesenheit bis zu ihrer Vernehmung als Zeugen zu verweigern. Das Gericht kam jedoch, ohne vorher den Vertreter der Anklagebehörde zu dem Antrag der Nebenkläger gehört zu haben, nach kurzer Beratung zu dem Beschlusse, daß auch die Nebenkläger, da sie Zeugenaussagen zu machen hätten, im Interesse der materiellen Rechtsfindung bis zu ihrer Vernehmung den Saal verlassen müßten. Die Nebenkläger erklärten daraufhin, sie müßten den Vorsitzenden wegen Beförderung der Befangenheit ablehnen.

Daraufhin erhob sich Staatsanwaltschaftsrat Kirchner und gab die aufsehenerregende Erklärung ab:

„Ich schleife mich den Vertretern der Nebenkläger an, weil das Verhalten des Vorsitzenden in der heutigen Verhandlung die Beförderung der Nebenkläger, daß der Vorsitzende nicht unbefangen sei, gerechtfertigt erscheinen läßt.“

Das ist vielleicht das erste Mal, daß der Vertreter der Staatsanwaltschaft in Rußland sich einem Antrag auf Ablehnung des Vorsitzenden wegen Gefahr der Befangenheit anschloß.

Ueber den Ablehnungsantrag wird nunmehr das Landgericht zu entscheiden haben.

Reichsgerichtspräsident Bumke ernannt

Dr. Simons tritt in Ruhestand.

Der Reichspräsident hat den Präsidenten des Reichsgerichts, Prof. Dr. h. c. Walter Simons, auf dessen Antrag zum 1. April d. J. in den Ruhestand versetzt und auf Vorschlag des Reichsrats den Ministerialdirektor am Reichsjustizministerium, Dr. Erwin Bumke, zum Präsidenten des Reichsgerichts ernannt.

Seldte klagt in Wien.

Aber nicht vor dem Schwurgericht.

Am 8. November v. J. hat der Wiener „Abend“ ein Bild des Stahlhelmführers Seldte mit der Unterschrift: „Zehn Jahre Stahlhelm, Seldte, der Gründer und Führer dieser Nordbunde“ gebracht. Seldte gab dem Wiener Hakenkreuz-Rechtsanwalt Dr. Walter Riehl den Auftrag, den „Abend“ zu verklagen. Der verantwortliche Schriftleiter Dr. Klausner, gab den Verfasser der Bildunterschrift mit besten Zustimmung an. Nun hätte Seldte seine bestedte Ehre in dem Schwurgerichtsprozeß gegen den Verfasser reinwaschen können, allerdings vor Wiener Geschworenen und nicht vor Jurgenländern, wo sie leithin den Mörder Bößl freigesprochen haben. Dr. Riehl zog der Tapferkeit besseren Teil vor und tat so, als wüßte er noch immer nicht, wer das Bild veröffentlicht hat. Er klagte daher Dr. Klausner beim Bezirksgericht wegen Vernachlässigung der pflichtgemäßen Obforgen.

Der Verteidiger gab in der Verhandlung nochmals Name und Adresse des Verfassers an, erklärte sogar in dessen Namen, daß dieser gesonnen sei, die volle Verantwortung zu übernehmen. Dr. Riehl fürchtete, daß diese Verantwortung später zurückgezogen werden könnte. Seine Befürchtungen waren auch nicht zu zerstreuen, als sich Dr. Radebegg bereit erklärte, vor Gericht als Zeuge zu erheben, daß Bild und Unterschrift tatsächlich von der von ihm genannten Person stammen, daß daher Herr Seldte ruhig den Weg zum Schwurgericht antreten könnte.

Shakespeare im Deutschen Theater.

Die lustigen Weiber von Windsor.

Der Witz der Shakespearschen Poesie wird auf das Clownhafte herausgehoben. Es wird gelacht, wenn die Heiterkeit sich nur auf der Bühne und nicht im Parkett ausbreitet. Man weiß schließlich nicht, worüber die Schauspieler lachen. Werner Krauß spielt den Falstaff, teils im Smoking, teils im Nachthemd. Das letzte belachen die Zuschauer am meisten. Dgr.

Das aber wollte man vermeiden. Sie blieben bei der Anklage wegen Vernachlässigung der pflichtgemäßen Obforgen. Die formelle Beurteilung Dr. Klausners zu einer Geldstrafe von 50 Schilling ändert natürlich nichts daran, daß der Kläger das Wiener Schwurgericht gemieden hat.

Britische Initiative zur Abrüstung.

Erklärung des englischen Botschafters in Washington.

London, 15. Februar.

Der britische Botschafter in Washington erklärte, daß die Verzögerung der Annahme der Kreuzerentlastung auch die britischen Bemühungen um eine neue Förderung der Abrüstung verzögert habe. Er glaube jedoch, daß jetzt die Bahn für neue Erörterungen freigelegt sei.

Nachdem die Vorlage Gesetz geworden sei, scheine aller Grund zu der Annahme zu bestehen, daß neue Bemühungen zum Abschluß eines Abkommens zwischen den Hauptmächten der Welt zum Zweck der Einschränkung der Flottenrüstungen unternommen würden.

Der Botschafter erklärte zum Schluß, daß jedoch mit Rücksicht auf die im Sommer stattfindenden englischen Wahlen eine weitere Verzögerung jeder Erörterung dieser Art in einigen Monaten einreten könnte.

Jugendretford im Unterhaus.

Die jüngste Parlamentarierin — Arbeiterpartei!

Für eine Unterhausnachwahl in den nächsten Tagen hat die Arbeiterpartei die 24-jährige Jenny Lee als Kandidatin aufgestellt. Miss Lee ist die Tochter eines Bergarbeiters und Studentin der Edinburger Universität. Ihre Wahl gilt als gesichert. Miss Lee wird das jüngste Mitglied des englischen Parlaments sein, vermutlich überhaupt die jüngste Parlamentarierin der Welt. Das Wahlrecht ist erst vor wenigen Monaten auf die 21. bis 25-jährigen Frauen ausgedehnt worden, was zum heftigen Kampf der Parteien um die Stimmen der „Blupper“ (Boschische) geführt hat. Die Parteien suchen die jugendlichen Wähler durch Kandidaten aus der gleichen Altersklasse zu gewinnen.

Wahlrecht für die Farbigen wünsch die Mehrheiten beider Häuser des Südafrikaparlaments einzuführen; Premierminister Herxog soll entsprechende Befehle erlassen. Die Mehrheit betrug aber nur acht Stimmen, so daß man glaubt, die in der dritten Sitzung erforderliche Zweidrittelmehrheit werde nicht erreicht werden.

Englische Wahlen am 29. Mai. Als wahrscheinliches Datum für die Neuwahlen in England wird jetzt der 29. Mai 1929 angegeben. Die Opposition soll sich mit diesem Datum einverstanden erklärt haben.

KONSUM



GENOSSENSCHAFT BERLIN U. UMGEGEND E. G. M. B. H.

Wir sind gewillt

der Kartoffelknappheit zu steuern
und empfehlen als vollwertigen Ersatz:

GEG Hülsenfrüchte GEG

Weißer Bohnen I lang Pfd. 56 Pf.	Erbsen Viktoria Pfd. 36 Pf.
Weißer Bohnen II rund Pfd. 44 Pf.	Erbsen ganz geschält Pfd. 52 Pf.
Linsen große Pfd. 65 Pf.	Erbsen halbe Pfd. 32 Pf.
Linsen kleine Pfd. 48 Pf.	Erbsen grüne Pfd. 34 Pf.

GEG Reis GEG

Java-Reis Pfd. 48 Pf.	Rangoon-Reis Pfd. 26 Pf.
Patna-Kronen-Reis Pfd. 42 Pf.	Bio-Reis Pfd. 30 Pf.
Moulmain-Reis Pfd. 30 Pf.	Bruch-Reis Pfd. 24 Pf.

GEG Mühlenfabrikate GEG

Weiz.-Auszugmehl Diamant Pfd. 24 Pf.	Graupen fein bis grob Pfd. 30 Pf.
Weizenmehl 70 Proz. Pfd. 20 Pf.	Weizengrieß fein, mitt., grob Pfd. 26 Pf.
Roggenmehl Pfd. 20 Pf.	Hartweizengrieß mitt., grob Pfd. 28 Pf.
Haferflocken Pfd. 28 Pf.	

GEG Teigwaren GEG

Eierware		Hartgrießware	
GEG-Band-od. Schnittnudeln 1/2-Pfd.-Paket 38 Pf.	GEG-Bandnudeln lose Pfd. 50 Pf.	GEG-Fadennudeln in Lock, lose, Pfd. 54 Pf.	
GEG-Fadennudeln 1/2-Pfd.-Paket 40 Pf.	GEG-Fadennudeln in Lock, lose, Pfd. 54 Pf.	GEG-Hörchennudeln Pfd. 56 Pf.	
GEG-Figurennudeln 1/2-Pfd.-Paket 38 Pf.	GEG-Figurennudeln Pfd. 48 Pf.	GEG-Gräuphennudeln Pfd. 50 Pf.	
GEG-Gräuphennudeln 1/2-Pfd.-Paket 38 Pf.	GEG-Gräuphennudeln Pfd. 50 Pf.	GEG-Makkaroni lose Pfd. 64 Pf.	
GEG-Makkaroni 1/2-Pfd.-Paket 39 Pf.	GEG-Makkaroni lose Pfd. 64 Pf.	GEG-Spaghetti 1/2-Pfd.-Paket 35 Pf.	
GEG-Makkaroni 1-Pfd.-Paket 78 Pf.	GEG-Spaghetti 1-Pfd.-Paket 68 Pf.		
GEG-Röhren, Körbe, Schleifchen lose, Pfd. 74 Pf.			
GEG-Röhren, Körbe, Schleifchen 1/2-Pfd.-P. 40 Pf.			

GEG Backobst GEG

GEG-Aprikosen kalif, Pfd. 140 Pf.	GEG-Pflaumen Pfd. 48 Pf.
GEG-Mischobst Pfd. 76 Pf.	GEG-Pfirsiche Pfd. 100 Pf.
GEG-Birnen Pfd. 90 Pf.	GEG-Ringäpfel Pfd. 100 Pf.

Für jeden Geschmack und Bedarf zu konkurrenzlos niedrigen Preisen führen wir:

Konsumbrot im Gewicht v. 1610 Gramm, Stück **60 Pf.**

Angeschobenes Brot Stück 60 Pf.	5 Schrippen . 10 Pf. 4 Knüppel . . . 10 Pf.	Schrotbrot Stück 60 Pf.
Bauernbrot Stück 65 Pf.		Schwarzbrot Stück 45 Pf.
Biobrot Stück 60 Pf.		Vollkornbrot Stück 45 Pf.
		Grahambrot Stück 30 Pf.

GEG Gemüsekonserven GEG

Junge Brechbohnen I 1-Pfd.-Dose 60 Pf.	Gemüse-Erbsen 1-Pfd.-Dose 48 Pf.	Leipziger Allerlei 3-Pfd.-Dose 165 Pf.
Junge Brechbohnen I 2-Pfd.-Dose 100 Pf.	Gemüse-Erbsen 2-Pfd.-Dose 80 Pf.	Leipziger Allerlei mittelfein 1-Pfd.-Dose 82 Pf.
Junge Schnittbohnen I 1-Pfd.-Dose 60 Pf.	Junge Erbsen 1-Pfd.-Dose 55 Pf.	Leipziger Allerlei mittelfein 2-Pfd.-Dose 150 Pf.
Junge Schnittbohnen I 2-Pfd.-Dose 100 Pf.	Junge Erbsen 2-Pfd.-Dose 95 Pf.	Kohlrabi in Scheiben 1-Pfd.-Dose 42 Pf.
Junge Schnittbohnen II 1-Pfd.-Dose 42 Pf.	Karotten geschnitten 1-Pfd.-Dose 34 Pf.	Kohlrabi in Scheiben 2-Pfd.-Dose 70 Pf.
Junge Schnittbohnen II 2-Pfd.-Dose 70 Pf.	Karotten geschnitten 2-Pfd.-Dose 50 Pf.	Blumenkohl 1-Pfd.-Dose 80 Pf.
Spinat 1-Pfd.-Dose 40 Pf.	Leipziger Allerlei 1-Pfd.-Dose 60 Pf.	Blumenkohl 2-Pfd.-Dose 145 Pf.
Spinat 2-Pfd.-Dose 70 Pf.	Leipziger Allerlei 2-Pfd.-Dose 120 Pf.	

In unseren 30 Fleischabgabestellen führen wir in bester Qualität zu niedrigsten Preisen: **Gefrierfleisch**

Rouladen Pfd. 1.10	Fehlrippe Pfd. 0.70
Schmorfleisch Pfd. 0.90	Querrippe Pfd. 0.55
Roastbeef Pfd. 0.80	Kamm Pfd. 0.60
Goulasch Pfd. 0.80	Brust Pfd. 0.60



Die Mitgliedschaft kann jeder erwerben
Die Abgabe von Waren erfolgt in den Warenabgabestellen der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend nur an Mitglieder



Die Aufnahmegebühr beträgt 50 Pfennig
Aufnahmen werden in sämtlichen 270 Warenabgabestellen der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend jederzeit vollzogen



Wucher in Sicht?

Die Polizei wird eingreifen. — Sicherung der Kartoffelzufuhren.

Die Lebensmittelzufuhr einer Viermillionenstadt hat in einer Periode starker Kälte notwendig mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Vor allem sind für eine solche Situation die Versuche kennzeichnend, die Preise der Lebensmittel in die Höhe zu treiben. Wie vom Polizeipräsidenten mitgeteilt wird, ist in den letzten Tagen an einzelnen Stellen Berlins eine Verteuerung der Lebensmittel, insbesondere der Kartoffeln festgestellt worden, die das berechnete Maß überschreiten. Der Polizeipräsident hat daher Anweisung gegeben, daß Anzeigen wegen Lebensmittelpreismacherns bevorzugt und mit besonderem Nachdruck zu bearbeiten sind. Weiter hat der Polizeipräsident einen eingehenden Bericht über die Lage des Berliner Kohlenmarktes an die zuständigen Ministerien gefandt.

Bei der Fortdauer des Frostes sorgt jetzt die Reichsbahnverwaltung für schnelle Beförderung der Kartoffelladungen nach Berlin, damit hier der Kartoffelknappheit abgeholfen wird. Die Kartoffelwagen werden auch in Güterzügen und falls diese nicht ausreichen, in geeigneten Personenzügen nach Berlin geleitet. Damit sie nicht den Nachtfrösten ausgesetzt sind, wird die Beförderung so geregelt, daß die in den Vormittagsstunden auf den Versandstationen angelieferten Kartoffeln bereits in den Nachmittagsstunden in Berlin entladen werden können. Nach Bedarf wird für Kartoffeltransporte ein besonderer Beförderungsplan aufgestellt, auf dem die Abfahrtszeit von der Versandstation und die Ankunftszeit in Berlin ersehen werden kann. Versender und Empfänger können danach, sagt eine amtliche Meldung, ihre Maßnahmen für Abturgung der zur An- und Abfuhr erforderlichen Zeit treffen. Die Laufzeit kann dadurch wesentlich abgekürzt werden, daß die Kartoffelwagen nach den richtigen Eingangsbahnhöfen in Berlin aufgegeben werden. Dies ist für die Strecke von Wriezen und Küstrin der Ostbahnhof, von Frankfurt a. d. O. der Schlesische Bahnhof, von Kottbus der Böttcher Bahnhof, von Ullrich, Wittenberg, Gütten und Magdeburg der Anhalter Bahnhof und von Stendal und Wittenberge der Hamburg-Berliner Bahnhof in Berlin.

Vom Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlins wird mitgeteilt, daß Versorgungsgefahren, wie sie bei anderen Nahrungsmitteln, wie Kartoffeln und Gemüse durch den Frost entstanden sind, für Gebäcksorten aller Art nicht zu befürchten sind. Die Berliner Bäckermeister sind im Besitz ausreichender Mehlmengen, um auch erhöhten Anforderungen für die Herstellung von Brot und Gebäck, das besonders als Ersatz für Kartoffeln in Frage kommt, völlig zu genügen.

Die Kälte hält noch an.

Nach den bei der Berliner Wetterstation eingegangenen Meldungen haben nach der kurzen Aufklärung des Wetters überall in Deutschland erneute Schneefälle eingesetzt. Auch in Westdeutschland liegt jetzt überall Schnee. Die Temperaturen sind in fast allen Gebieten gegenüber gestern unverändert geblieben. In der Rheingegend ist es etwas milder geworden; so meldet Aachen heute früh 12 Grad Kälte, das sind 8 Grad weniger als gestern. Dagegen ist in Bayern die Temperatur wieder erheblich gesunken. München meldet eine Minimaltemperatur von 31 Grad. In Berlin wurden heute früh 14 Grad gemessen, die Minimaltemperatur von 17 Grad wurde gestern um 11 Uhr abends gemessen. In Ostpreußen war die Durchschnittstemperatur 10 Grad, in Schlesien 16 Grad. Von der Ostseeküste werden Temperaturen von 9 bis 14 Grad gemeldet, von der Nordseeküste 16 bis 17 Grad. Auch auf

den Nordseeinseln lagen die Temperaturen noch immer um 11 bis 12 Grad. Es ist damit zu rechnen, daß die Schneefälle vorläufig aufhören werden, Ausichten auf eine erhebliche Milderung des Wetters bestehen bisher jedoch noch nicht.

Die Berliner Städtische Wasserwerke AG. teilt mit:

Infolge des Anhaltens der Kälte bringt der Frost immer tiefer in den Erdboden und hat innerhalb der hoch bebauten Stadteile bereits eine Tiefe von 1,20 Meter bis 1,30 Meter, an exponierten Stellen sogar von 1,40 Meter erreicht, und kommt damit in die Nähe der von den Straßentuben in die Häuser hineinführenden Hausleitungen. Die Gefahr des Einfrierens dieser Leitungen ist daher sehr groß geworden. Die Kosten für Wiederherstellung dieser Leitungen fallen gemäß § 12 der Wasserlieferungsbedingungen den Hausbesitzern zur Last. Sie werden infolge der großen Schwierigkeiten, mit denen derartige Arbeiten verbunden sind, erheblich sein. Es wird daher empfohlen, daß die Gefahr des Einfrierens während der Nacht, wenn kein Verbrauch in den Häusern stattfindet, besonders groß ist, möglichst eine oder mehrere in den obersten Stockwerken gelegene Zapfstellen laufen zu lassen, um einen ständigen Durchfluß und damit Erneuerung des sonst in den Leitungen stagnierenden Wassers herbeizuführen. Die hierdurch den Hausbesitzern entstehenden Kosten werden jedenfalls sehr erheblich geringer sein, als die durch das Einfrieren entstehenden Schäden.

Wie uns aus Wien gedrahlet wird, schließen auch alle Wiener Schulen wegen der Kohlennot, jedoch bleiben eine Anzahl Schulen Tag und Nacht als geheizte Unterkunftsräume geöffnet.

Wenn der Chauffeur betrunken ist.

Der Zusammenstoß zwischen Auto und Straßenbahn.

Der folgenschwere Zusammenstoß zwischen dem Kraftwagen einer Brauerei und einem Straßenbahnwagen der Linie 28 in der Müllerstraße, bei dem zwei Tote und 20 Verletzte einem betrunkenen Kraftwagenführer zum Opfer gefallen sind, fand vor dem Großen Schöffengericht Wedding sein gerichtliches Nachspiel. Angeklagt ist der Kraftwagenführer Formanski wegen fahrlässiger Körperverletzung und Tötung. Der Angeklagte fuhr am 27. Oktober den Kraftwagen der Brauereifirma Borchardt und Jürgens. Schon in Belten hatte er sich völlig betrunken, so daß der Mitfahrer, da er ein Unglück vorausahnte, unterwegs den Wagen verließ. Der Angeklagte fuhr auf dem ganzen Wege in unglaublicher Weise unvorschriftsmäßig. In der Müllerstraße befand er sich auf der verkehrten Seite und stieß mit dem Straßenbahnwagen zusammen. Die Vorderplattform wurde glatt abgerollt und es traten die verhängnisvollen Folgen ein.

Der Angeklagte erklärte, daß er sich auf nichts besinnen könne. Er habe sich an jenem Tage nicht wohl gefühlt und es sei ihm schließlich schwarz vor Augen geworden. Nur dunkel erinnere er sich, daß ein Straßenbahnwagen, ehe er das Bewußtsein verlor, in seinem Gesichtskreis aufgetaucht sei. Auf den Vorhalt, daß er an diesem Tage angetrunken gewesen sei, antwortete der Angeklagte, daß er zwar noch wisse, daß er zwei Flaschen Bier getrunken habe, aber daß er sich nicht erinnere, wie er dazu gekommen wäre, da er sonst nicht trinke. Er berichtete darauf, daß er schon einmal während der Militärdienstzeit als Revolverkandidat behandelt worden sei. Das Gericht hielt es für notwendig, den Angeklagten

auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen und unter Einholung seiner Militär- und Krankenhauspapiere ein schriftliches Gutachten einzufordern, ob bei dem Angeklagten ein pathologischer Kaufzustand vorgelegen habe. Deshalb wurde die Verhandlung vertagt. Der vor zwei Tagen erlassene Haftbefehl gegen den Angeklagten wurde mit Rücksicht auf die Höhe der zu erwartenden Strafe aufrecht erhalten.

Die Abenteuer der „Marquise“.

Von Leuten, die betrogen werden wollen.

Sehr interessant, sehr elegant und sehr schön war die Witwe des brasilianischen Marquis de Uchois, die Besitzerin großer Bergwerke in ihrer südamerikanischen Heimat. Zumellen freilich auch nannte sie sich Marion de Cypriani oder Baronin Pizinka, in Wirklichkeit aber hieß sie Mathilde Walter.

Die Baronin aus eigenen Gnaden stammte aus Karlsbad und war Tochter eines Staatsbeamten, der in der Irrenanstalt starb. Im Kloster großgezogen, ward sie während des Krieges Krankenschwester, dann ging sie nach Wien auf Abenteuer. Schön, wie sie war, fand sie zahlreiche Liebhaber; mit zwei Autos, Dienerschaft und Riesengepäck machte sie ihre Reisen und warf mit Geld nur so um sich. Einer ihrer spendabelsten Liebhaber war ein fast 70-jähriger Berliner Großindustrieller, der ihr in 18 Monaten etwa 200 000 Mark in den Schoß legte. Auch mehrere Berliner Rechtsanwältinnen hatte sie in ihren Netzen. Als der verliebte Greis dann nicht mehr zahlte, kaufte sie auf Kredit und blieb auch in Pensionen, Hotels und bei Schneibern und Schneiderinnen Rechnungen von immenser Höhe schuldig. Endlich wurde Strafanzeige erstattet. — Vor Gericht bestritt Mathilde Walter jede Betrugsabsicht. Sie hätte gehofft, daß ihr Gönner, der Großindustrielle, weiter zahlen würde. Dieser freilich sagte, er habe die Marquise für eine reiche Frau gehalten und das gegebene Geld nur als Pump betrachtet.

Das schien dem Gericht aber nicht glaubhaft, der vertriebene alte Herr war zu oft mit der brasilianischen Marquise in verschwiegenen Luxusrestaurants zusammen gewesen, seine Geschäftsabsichten konnten da nicht vorliegen. Die Angeklagte wurde freigesprochen, da eine Betrugsabsicht trotz dringenden Verdachtes nicht nachzuweisen sei, und der Haftbefehl wurde aufgehoben.

Wunsch an die Straßenbahn!

Eine alte Kundin der Straßenbahn bittet uns, folgende Fragen an die Verkehrsaktiengesellschaft weiterzuleiten:

Unsere Straßenbahn ist auf diesen arttischen Winter nicht eingerichtet. An warmen Sommertagen sind ihre lustig gebauten, unheizbaren Wagen gewiß ein sehr erträglicher Aufenthalt. In diesen Eismonaten aber haben wohl wir alle, die wir gezwungen sind, uns dieses Verkehrsmittels zu bedienen, schon in sämtlichen Tonarten auf die sibirische Temperatur geklagt, die darin herrscht. Seit, da der Schneefall einsetzt, entdeckt man auch, wo der eifige Wind herkommt, der den unglücklichen Fahrgästen in der Straßenbahn um die Ohren peift: die Fenster sind nämlich zum großen Teil undicht. Wer Beach hat, sieht jetzt zähnelappernd im kalten Wagen auf nackten Holzbänken, während durch die Ritzen der Luftklappen dicke Schneewolken auf ihn herabfließen. Aber auch weniger sommerliche Wagen, in denen die Bänke bereits Büschelpolster haben, besitzen diese undichten Fenster. Der Mangel ließe sich doch leicht durch Benageln mit Abdichtungsborste beheben.

Vielleicht wird uns ein anderer, beschreibener, und gewiß nicht allzu schwer erfüllbarer Winterwunsch an die Straßenbahn ebenfalls gewährt: Eine etwas besser kontrollierte Zugfolge! Wer z. B. am Wittenbergplatz wartet, erlebt es immer wieder, daß alle Wagen nach Reichstanzlerplatz hintereinander kommen, ebenso alle Bogen über Wilhelmplatz, alle nach Halensee. Ja, man schaltet die — erst am Rollendorplatz eingeleiteten E-Linien — sehr häufig nach Halensee ein, wenn eben mehrere Linien dahin vor-

Der Aufruhr des schiefer Calm

Roman einer Revolution. Von Gerhart Heermann Mostler

Calm hatte während der Szene am ganzen Leibe gezittert. Jetzt blickte der Schmied ihn schon wieder an, als wäre das ganze eben nicht gewesen. „Eenen Menschen han Se befreit, Herr Calm. Awwer nu timmeits druff ane, alle zu befreien. Wolln Se?“

Calm senkte den Kopf. „Warum iche? Ich Keener, schwacher Jud? Wenn Sie —“

„Ich will Sie was san, Harr Calm.“ Der Schmied zeigte seine Muskeln. „Wenn ich een'n verhaue, denn is das jarnischt. Awwer, wenn nu an Keener seine Angst iwwerwindt, denn is das velle. Un wenn an Christ sich ums Gemeinwohl kimmert, is das bloß selbstverständlich. Awwer wenns an Jude tut, där unter unser Wohl bloß immer selitten hat, denn is das an jutes Herz. Wir wolln oo keen'n, der klug reden kann, wir wolln een'n, der ehrlich redt. Söhn Se: darum bitten mir Sie dadrumme.“

Calm senkte wieder den Kopf, wie jemand, der sich einem Befehl unterwirft. „Ich wer sehn, was ich wer könn'n...“

Jilmer sang:
 „Jawet doch, Ihr Trofen,
 Euren Purpur her,
 Wir brauchen rote Hofen
 Für der Freiheit Heer...“

Kniephade, der eben ein neues Glas bekam, nahm es in die Linke, stand auf, hielt Calm die Rechte hin:
 „Also, Heer-Calm, — mit Gott!“

„Heer-Calm!“ jubelte der Schmied, die anderen mit ihm. Das frohe Lächeln, das Calms Lippen verbreiterte, machte sein häßliches Gesicht noch faltiger, noch grøster. Er schlug ein:
 „Mit Gott!“

9. Kanzler Trosegl.
 „Nun, Herr von Kugelgen?“ Trosegl sah den Eintretenden gespannt an. „Sie haben in meinem Sinne mit Seiner Durchlaucht gesprochen?“

„Jawohl.“
 „Wann wird Seine Durchlaucht abreisen? Es muß so schnell wie möglich geschehen. Noch heute.“

Kugelgen hob den Kopf, aber er sah an Trosegl vorbei in eine Ecke. „Seine Durchlaucht wünschen in den schweren Tagen, die zu erwarten sind, in seinem Lande zu bleiben.“

Trosegl erhob sich mit hartem Rud vom Stuhl, trat ans Fenster, sah eine Weile hinaus. Dann drehte er sich scharf zu Kugelgen um:

„Seine Durchlaucht müssen nach Queblinburg? Müssen! Verstehen Sie denn das nicht, Herr von Kugelgen?“

Der Kammerherr zuckte die Achseln mit einer Bewegung, die sagte: ich habe alles versucht. Mehr kann ich nicht tun.

„Ich wiederhole Ihnen,“ sagte der Minister etwas nervös, „daß die Lage aufs höchste gespannt ist. Der Landtag wird seit einiger Zeit von dunklen, aus der Hefe des Volkes kommenden, anarchischen Kräften aufgewühlt, die leider selbst von vereinzelt Willigen unterstützt werden. Die Abgeordneten haben den Rücktritt des Ministeriums gefordert. Das Ministerium wird selbstverständlich die Rechte des Souveräns wahren, der es eingelegt hat, und auf seinem Posten verbleiben. Es wird die aufrührerischen Ansprüche des Volkes und des Parlaments auch mit Waffengewalt zurückweisen, wenn das nötig wird. Und es wird nötig werden.“

Trosegl trat an den Schreibtisch und hämmerte seine Worte leise mit der Faust aufs Holz. „Die Anwesenheit Seiner Durchlaucht kompliziert und erschwert die Lage. Es gibt die Gefahr wenigstens für die Person des Herzogs selbst zu befechtigen. Ich verstehe nicht, was Seine Durchlaucht dagegen einwenden kann.“

Kugelgen erwiderte leise und scheu — er war nicht der Mann scharfen Gegeneinanderstehens: „Seine Durchlaucht glauben, daß durch Ihre persönliche Anwesenheit und durch ihr eventuelles persönliches Eingreifen das Blutvergießen vermieden werden kann.“

„Und das würden Sie Seiner Durchlaucht nicht ausreden können?“

Kugelgen gab sich einen Rud. „Nein. Denn ich glaube es selbst. Durch meine Frau und meinen Schwiegervater bin ich enger mit der Stadt verbunden als andere Herren des Hofes. Ich kenne die Stimmung des Volkes. Es steht für Seine Durchlaucht, von der es als von seinem „guten, lieben Herzog“ spricht. Ein Wort Seiner Durchlaucht wird genügen, um eine etwaige Empörung zu ersticken.“

„Ein Wort? Sie meinen: ein Versprechen?“
 „Das müßte Seiner Durchlaucht überlassen bleiben,“ wich der Kammerherr aus.

Trosegl machte eine abwehrende Gebärde. „Seine Durchlaucht würden sich gewiß, wie seinerzeit beim Empfang der Bürgerdeputation, wiederum zur Hergabe weiterer der ihm von Gott verliehenen Rechte verleiten lassen.“

In Kugelgens Stimme schlug das gutmütige Herz. „Seine Durchlaucht würden, soviel ich weiß, den Verlust eines solchen Rechtes nicht so schmerzhaft empfinden wie den Verlust der Liebe seiner Untertanen.“

„Es geht nicht um die persönlichen Empfindungen Seiner Durchlaucht. Es geht um das System, Herr von Kugelgen.“ Trosegl ging rasch zur Tür, öffnete sie, rief dem Schreiber zu: „Gehen Sie ins Vorzimmer und lassen Sie niemanden herein! Niemanden!“ Er schlug die Tür zu, lehnte nun am Schreibtisch und verschränkte die Arme. „Ich will ganz offen zu Ihnen reden, Herr von Kugelgen. Es geht um das System, sagte ich eben. Ich weiß, daß Sie sich den Satz so übertragen haben: es geht um den Minister von Trosegl.“

„Herr Baron —“

„Schon gut. Sie brauchen es nicht abzustreiten, denn Sie haben recht. Das System bin ich.“ Seine scharfe Stimme zitterte erregt. „Gewiß würde die Anwesenheit Seiner Durchlaucht Blutvergießen vermeiden können. Die Bernburger sind Kinder und der Herzog ist ein Kind. Kinder verstehen sich. Sie schlagen sich höchstens mit Holzäbeln. Aber Kinder können keine Politik machen. Männer machen Politik.“ Er sagte das laut, doch ohne Pathos; in verächtlichem Ton fuhr er fort: „Und was sind die Herren vom Parlament? Weiber, Herr von Kugelgen! Ihre Erregungen sind hysterisch, Ihre Ideen sind Gewäsch. Die ganze Zeit ist voll hysterischer Weiber. Ich wollte nichts sagen, wenn Männer uns stürzen wollten. Aber von hysterischen Weibern gestürzt zu werden — pfui Deibel!“ Er lachte auf, wurde dann sehr ernst. „Sehen Sie: ich komme nicht von den Büchern her, wie der Herzog und wie der Herr von Gloß und wie die Apostel der neuen Zeit. Ich bin Landwirt. Ich komme von Aedern und Stieren. Leder werden nicht mit Ideen gedüngt, Stiere werden nicht mit Büchern gefüttert. Streichen Sie doch mal die Erde mit den Samtpfötchen Ihrer Humanität, ob sie einen Halm oder bloß eine einzige Rübe hergibt! Rein: der Pflug muß ran, Herr von Kugelgen! Und der Pflug schneidet!“

Kugelgen starrte ihn wortlos an: was war aus diesem Landjunker geworden! Er war gewachsen mit seinem Amt... Der Kammerherr mußte an den Herrn von Bismarck-Schönhausen denken, dem Trosegl's letziger Posten ursprünglich zugedacht gewesen war, und der jetzt in Preußen den Pflug führte...

(Fortsetzung folgt.)

aufgegangen sind und die Kammern nur leer und verlassen hinterherblieben. Uebrigens zeigt sich immer wieder, daß einzig die Hallesche Straße — durch Autobusse und Straßenbahnen — hinreichend versorgt wird, während die anderen, besonders die über Kanitzstraße, die auch keinen Vorüberkehr durch Untergrundbahn hat, sehr tiefmütterlich fortkommen. Nur in ganz wenigen, besonders verkehrsschwachen Stunden ist es hier überhaupt möglich, einen Sitzplatz zu bekommen. Gewöhnlich sind alle Bahnen, die die Kanitzstraße herauffahren, vollgepackt wie Heringsfässer.

Nachricht der Redaktion: Wir glauben zu wissen, daß die Inbetriebnahme der „luftigen“ Sommeranhänger und auch der Wagen mit offenen Plattformen darauf zurückzuführen ist, daß bei der Kälte der Reparaturbedarf an Wagen ganz außerordentlich hoch ist. Deshalb nimmt die Verkehrs-A.G. die beanstandeten Wagen in Betrieb. Die Hintereinanderfolge der Wagen einer Richtung erklärt sich nicht aus der — Verkehrsregelung“ der Polizei, die ja schließlich jeden Wagenverkehr schrittweise freigibt. Aber wie gelangt Was meint die Verkehrs-A.G.?

Das offene Fenster als Signal.

Der Banderolenbetrug beim Hauptzollamt Nord.

Nach zweijähriger Voruntersuchung hat jetzt der Generalstaatsanwalt beim Landgericht I in der großen Banderolenbetrugsaffäre beim Hauptzollamt Nord, die im August 1926 großes Aufsehen erregte, Anklage erhoben.

Die Anklage richtet sich gegen den Kaufmann Benno Band, den Kaufmann Erich Küttner, den Arbeiter Valentin Woznjak, den Chauffeur Karl Knaf, den Oberzollsekretär Eugen Obst und sieben weitere Personen. Die fünf zuerst genannten Hauptbeschuldigten haben nach der Anklage den raffinierten Betrug gemeinsam ausgeführt, während die anderen Angeklagten teils Abnehmer der erschwundenen großen Mengen Banderolen gewesen sind, teils wegen Beihilfe und Begünstigung angeklagt sind. Bei dem Oberzollsekretär Obst kommt auch noch Bestechung in Frage. Band und Küttner hatten den Betrugsplan ausgeheckt, mit gefälschten Bestellzetteln und gefälschtem Bestellbuch einer Berliner Zigarettenfabrik beim Hauptzollamt Berlin-Nord Zigarettenbänderolen zu erschwindeln. Beide verantworteten die Mitangeklagten Woznjak und Knaf, bei der Ausführung des Planes mitzuhelfen. Woznjak wurde bestimmt, als Beauftragter der Zigarettenfabrik aufzutreten. Die vier Eingeweihten fuhren mit Autos nach dem Dienstgebäude in der Luisenstraße. Unterwegs ließ Band bei einem Postamt das Auto halten und ließ einen Zollbeamten, dessen Wachsamkeit er fürchtete, durch ein fingiertes Gespräch vom Landesfinanzamt von seiner Dienststelle weg. Das Signal dafür, daß die Luft rein sei, sollte ein offenes Fenster sein, in dessen Nähe der Oberzollsekretär Obst arbeitete. Als die Angeklagten sich draußen überzeugt hatten, daß Obst Dienst tue, da das Fenster wirklich offen stand, wurde Woznjak hineingeschickt und erhielt dann auch von Obst die Anweisung für die Ausfertigung des Bestellzettels. Der weggedockte Zollbeamte erkannte bei seiner Rückkehr sofort, daß das Hauptzollamt Betrüger zum Opfer gefallen war. Mit ihrer Beute unternahmen Band und Küttner, nachdem sie einen Teil der Banderolen in Berlin durch Vermittlung von Brieger untergebracht hatten, eine 14tägige Autofahrt durch Süd- und Westdeutschland.

Die Hauptverhandlung wird im März vor einer Sonderabteilung des Schöffengerichts Mitte stattfinden.

Sie waren nicht verheiratet.

Ein tödlicher Hundebiß.

In Bartenstein fand gestern eine mehr als eigentümliche Gerichtsverhandlung statt: ein tödlicher Hundebiß offenbarte die Unzulänglichkeit unseres bürgerlichen Gesetzbuches und noch manches andere. Ein motorradfreundlicher Kaufmann wurde eines Tages von einem motorradfeindlichen Hund angefallen; er schnappte nach dessen Hufe, bis ihn in das Bein und brachte Fahrer und Rad zum Sturz. Die Folgen waren Krankenhaus und Tod.

Der Verstorbene hinterließ eine trauernde Witwe. Für den rückständigen motorradfeindlichen Hund sollte nun nach allen menschlichen und göttlichen Gesetzen sein Herr, ein Grundbesitzer, aufkommen. Er war auch bereit dazu. Der Vergleich wäre zustande gekommen, die Abfindungssumme gezahlt worden, als sich plötzlich ein Hindernis in den Weg stellte. Die Frau des Toten war gar nicht seine Frau. Ganz Bartenstein geriet in Aufruhr: hatten nicht die brauen Bürgerleute sie für die Frau des Kaufmanns gehalten, ihr den Respekt angedeihen lassen, der einem angeheirateten Weibe zukommt. Und hatte sie nicht einen Betrug begangen, als sie als angeheiratete Ehefrau des Toten eine Entschädigungssumme beanspruchte und eine Urkundenfälschung noch dazu, da sie als Ehefrau ihre Unterschrift gefälscht hatte? Anfangs glaubte man sogar, es handele sich um Bigamie. Der Staatsanwalt wurde mobil gemacht, Anklage wegen Betruges und intellektueller Urkundenfälschung erhoben. Vor Gericht verteidigte sich die Frau: sie habe niemand betrogen wollen. Der Verstorbene habe ihr die Heirat verschrieben, habe sich von seiner ersten Frau scheiden lassen wollen, das sei jedoch unmöglich gewesen, weil jene katholisch war, und so hätten sie als Mann und Frau gegolten. Das seien sie ihren Verwandten und Bekannten schuldig gewesen, die auf eine eheliche Ehe den größten Wert legten. Da habe sie nach dem Tode des Mannes natürlich nicht plötzlich die wahren Verhältnisse offenbaren können. Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängnis. Der Verteidiger machte geltend, daß die Frau, wenn auch nicht standesgemäß getraut, doch das Weib des Mannes gewesen, durch dessen Tod also geschädigt sei und moralisch deshalb auch Anspruch auf die Entschädigung gehabt habe; das Gericht verurteilte die Angeklagte zu drei Monaten Gefängnis unter Zuhilfenahme einer Bewährungsfrist.

Großfeuer auf dem Glendburger Schlachthof.

In der vergangenen Nacht brach in einer der neuen Verladehallen des städtischen Schlachthofes in Pienitzburg ein Feuer aus, das sich in kurzer Zeit zu einem Großfeuer entwickelte. Sämtliche in der Halle aufgehängten geschlachteten Stiere, es sollen über 120 gewesen sein, verbrannten. Die eisernen Dachkonstruktion des Gebäudes wurde durchgehoben. Neben der Feuerwehr entbande auch die Reichswehr eine Kompanie zur Hilfeleistung. In den unmittelbaren Neben dem brennenden Gebäude liegenden hölzernen Viehgruppen waren etwa 400 Stück lebendes Vieh in größter Gefahr. Die Reichswehrmannschaften konnten es unter größten Schwierigkeiten in Sicherheit bringen. Nach etwa einstuhrlicher angestrengter Tätigkeit war die Gewalt des Feuers gebrochen. Ein Mann, der beim Bergen des Viehes geholfen hatte, sah sich einer schweren Rauchvergiftung zu. Auch einige Feuerwehrleute erlitten Brandverletzungen. Der Schaden ist durch Versicherung voll gedeckt. Der Betrieb des Schlachthofes kann vorläufig nur in stark eingeschränktem Umfang aufrecht erhalten werden.

Wirkliche Fürsorge.

Verständnis für die fürsorgebedürftige Jugend.

Der Direktor des städtischen Erziehungsheimes Lindenhof, Genosse Krebs, sprach vor amtlichen und ehrenamtlichen Helfern des Bezirksjugendamtes Neukölln über das in letzter Zeit so viel erörterte Problem der Fürsorgeerziehung.

Schon das heutige Verfahren, die Fürsorgeerziehung einzuleiten, ist zum Mißerfolg verurteilt. Der Strafcharakter muß ihr genommen werden. Der fürsorgebedürftige Jugendliche muß dem Jugendamt überwiesen werden, das dann zu entscheiden hat, wie die Fürsorge zu gestalten ist. Daß der Jugendliche heute noch durch die Polizei in die Anstalt gebracht wird, vergißt mancher nie. Ist es nicht besser, ihn zum Jugendamt zu bestellen? Dort möge man ihm alles sagen, was über ihn vorzubringen ist. Und zuletzt kann ihm dann mitgeteilt werden, daß er sich selbst im Erziehungsheim vorstellen soll.

Wenn man, führte Direktor Krebs weiter aus, die Akten durchsieht, um festzustellen, warum die Jungen zu uns gekommen sind, kann man in den meisten Fällen von wenig Schuld reden. Es sind meistens schwächliche Kinder, die bis zu 30 Proz. unternormales Körpergewicht haben. Hinweg mit der Autoritäts-erziehung! Autorität will auch ich haben, aber sie kommt, wenn die seelische Verbindung zwischen dem Erzieher und dem Jugendlichen da ist. Wir wollen weiter eine lebenswirkliche Umgebung. Was sollen die Mauern um die Anstalt? Das Gemeinschaftsgefühl muß gestärkt werden. Ich denke nicht an die „Gemeinschaft“, in der man 30 Jüglinge zusammensteckt. Kleinere und kleinere Gruppen brauchen wir. Der Jügling muß auch einmal allein sein können. Wie sieht es hiermit heute aus? Nicht mal ein eigenes Spind hat er, geschweige ein eigenes Zimmerchen, das er nach seinen Ideen auspuzen könnte. Weg mit den großen Schlafsälen, die die schlimmsten Herde der jetzigen Verirrung sind! Was für eine verurteilte Maßnahme ist das, den Jugendlichen von 19 und 20 Jahren um acht Uhr abends ins Bett zu schicken. Geht der Jugendliche draußen auch schon um diese Zeit schlafen? Man gebe dem Jügling Beschäftigung, Spiel, Sport, dann wird er müde ins Bett fallen und gesunden Schlaf finden. Weg auch mit der Briefzensur! Warum sollte es nicht möglich sein, den Jugendlichen

nur im Heim wohnen und draußen arbeiten zu lassen? Wenn das wirklich nicht geht, dann erst kann man ihn in ein geschlossenes Heim geben. Auch wenn wir genügend gute Familien finden, die nicht nur des Geldes wegen einen Jugendlichen nehmen, ist die Möglichkeit der Erziehung gegeben. Die Schulaufsicht ist weiter auszubauen. Richtig sind halbgeschlossene Heime, neben geschlossenen, Ausnahmeheime mit geschulten Kräften. Wir brauchen keine nach Geschlechtern getrennten Heime. Der Versuch einer Gemeinamkeit ist bereits gemacht worden und kann als gelungen bezeichnet werden. Wir fordern auch Selbstverwaltung der Jüglinge. Man soll die Jüglinge in die Jugend- und Sportvereine außerhalb der Anstalt eintreten lassen. Gut geleitete Vereine haben schon einige als Mitglieder aufgenommen. Auch recht viel Urlaub soll der Jugendliche erhalten und häufige Besuche von Freunden und Verwandten. Eine Instanz ist nötig, bei der sich die Jüglinge über ihre Erzieher und über den Direktor beschweren können. Den Jugendlichen bringe man in gut geleiteten Werkstätten als Lehrling unter. Hinzu ins Leben und zwar so schnell wie möglich! Der Jügling soll nicht für die Anstalt, sondern für sein späteres Leben in der Freiheit erzogen werden. Das ist ja der Fehler in der bisherigen Erziehungsmethode, daß zu wenig lebenswahr erzogen wird. Schließlich braucht der Jügling auch Betreuung nach seiner Entlassung.

Genosse Krebs setzte sich in seinem Vortrag auch mit Compe's Buch „Jungen in Rot“, auseinander. Was da geschrieben steht, ist mehr Dichtung als Wahrheit. Nicht eine einzige Zeile handelt von Vorschlägen, mit denen der Jugend geholfen werden könnte. Wir haben es heute mit einer Krise der Anstalt schlechthin zu tun. Massenerziehung ist keine Erziehung. Wir wollen eine Erziehung des Willens und des Charakters. Die meisten Jüglinge sind keine schlechten Menschen, sondern willensschwache Menschen, die leicht der Versuchung erliegen. Geben wir ihnen den Glauben an sich selbst wieder! Wenn wir bedenken, daß der Jugendliche mitunter Jahre braucht, so tief zu sinken, dann dürfen wir nicht verzweifeln, wenn es Jahre dauert, ihn wieder hoch zu bringen.

Freie Sozialistische Hochschule

Heute, Sonnabend, den 16. Februar, 19 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Str. 3
Vortrag der Genossin Wally Zeppler:

„Wegweiser zum Sozialismus“.

Karten zum Preise von 50 Pfennig sind an folgenden Stellen zu haben: Bureau des Bezirksbildungsamtes, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 2 Treppen; Arbeiterjugend, Groß-Berlin, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 2 Treppen; Buchhandlung J. H. W. Dietz Nachf., Lindenstr. 2 und den bekannten Verkaufsstellen.

Ein Jahr Gefängnis für Edoff.

Ein rabiotischer Angeklagter.

Der tonatische Staatsangehörige Alexander Edoff, der, wie erinnertlich, verschiedene Autounfälle und Raubüberfälle inszeniert hat, bei denen er das angeblidte Opfer war, wurde nach zweijähriger Verhandlung von dem erweiterten Schöffengericht in Referier wegen vollendeten und verurteilten Versicherungsbetruges sowie wegen Aufforderung zur Begehung eines Verbrechens zu einer Gesamtstrafe von einem Jahr Gefängnis sowie zu den Kosten des Verfahrens verurteilt. Die Untersuchungsdauer von sechs Monaten wird dem Angeklagten auf die Strafe angerechnet. Edoff erhob gegen das Urteil Protest und bedrohte den Gerichtshof mit erhobener Faust. Nur mit Gewalt konnte er wieder in das Gefängnis zurückgeführt werden.

Ein Achtzigjähriger.

In körperlicher und geistiger Frische begeht heute Genosse Gottfried Schulz seinen 80. Geburtstag. Im alten früheren 3. Reichstagswahlkreis tätig, zählt er zu den Funktionären, die unter dem Sozialistengeis mit mancher Mission der Partei betraut wurden. Im Jahre 1894 wurde er zum erstenmal als Stadivordneter gewählt, dies Amt bekleidete er 31 Jahre ununterbrochen. Sein besonderes Gebiet war in der damals noch kleinen Fraktion der Ausbau der Heiz- und maschinentechnischen Einrichtungen, besonders aber die Erzeugung von Schlackenstücken aus der Müllverbrennung. Als Mitglied der Parteideputation hat er sich mit seinem Freunde Jubel für den Ausbau von Freizeitanlagen erfolgreich eingesetzt. 1925 legte er sein Mandat freiwillig nieder. Jahrzehntlang betrieb Gottfried Schulz ein Zigarrengeschäft

am Kottbuser Damm, auf dem Grundstück, auf dem das alte frühere Parteilokal „Zur alten Linde“ stand. Noch heute findet keine Demonstration oder Versammlung statt, an der Gottfried nicht teilnimmt. Wenn er dann im Kreise der Genossen von der Agitationsarbeit, vor allem von der Landagitation im Kreise Koburg, wo er zum Reichstag kandidierte, erzählt, dann wird der Alte wieder jung!

Bürgermeister Genosse Leid schreibt uns weiterhin: Als Gottfried Schulz 1894 in die Stadivordneterwahl kam, trat er die Fraktion 16 Mann stark. Das Dreiklassenwahlrecht, verbunden mit dem Hausbesitzerprivileg, beschränkte unseren Einfluß auf die dritte Wählerklasse. Kommunalverfassung und Kommunalreform diktierten die Kommunalpolitik. Der Kampf für soziale Fortschritte im Rathaus war unendlich schwerer als heute. Um den kleinsten sozialen Fortschritt mußte mühevoll gekämpft werden. In diesen harten Kämpfen war Gottfried Schulz mit allen Fasern seines Herzens dabei, und so stellt das Wirken Gottfried Schulz' ein Stück in der Entwicklung der Berliner Kommunalgeschichte dar. Wir wünschen dem Achtzigjährigen, daß es ihm vergönnt sein möge, noch recht lange für den Sozialismus zu kämpfen.

Gefährliche Zugänge.

Wer mit irgendwelchen Bedrohungen die Kliniken in der Ziegelstraße aufsucht, wird gern die Untergrundbahn benutzen, da sie normalerweise bei schlechtem oder tauglichem Wetter dem Kranken das Warten im Freien erspart. Zwei Haltestellen bieten sich da: an der Weidenammer Brücke und am Oranienburger Tor. Die Ein- und Ausgänge zu ihnen liegen — wie bei den meisten Haltestellen der Friedrichstraße in der Mitte der Straße. Zu ihnen zu gelangen, ist nahezu ein Kunststück, da unaufhörlich Kraftwagen, Autobusse und sonst. Straßenbahnwagen vorüberfahren. Für Mütter mit Kindern also ein sehr gefährliches und beschwerliches Unternehmen. Bäre es nicht möglich, den Zugang zu der Untergrundbahn direkt vom Fußsteig erfolgen zu lassen? Also unterirdisch. Und bei der Anlage neuer Bahnen von vornherein solche ungefährlichen Zugänge zu schaffen! Da der Wagenverkehr bei dem Hauptbahnhof in Berlin in den Weltstadtkern immer mehr zunehmen wird, gerät der Fußgänger in immer größere Not, deshalb sollte man ihn da Entgegenkommen beweisen, wo es möglich ist.

Bier Personen durch Gas vergiftet.

Die viertöpfige Familie des Postkassners Kleine in Soest in Westfalen wurde in ihren Betten durch Gas vergiftet bewußlos aufgefunden. Sofort herbeigerufene Ärzte bemühten sich mit Sauerstoffapparaten, die Bewußtlosen ins Leben zurückzurufen. Bisher gelang es nur, den 20jährigen Sohn zu retten. Die übrigen Angehörigen, die Eltern und ein zweiter Sohn, liegen noch immer ohne Bewußtsein. Es besteht wenig Aussicht, sie zu retten. Die Verunglückten sind einer undicht gewordenen Gasleitung zum Opfer gefallen.

Der „Hauptmann-von-Röpenitz“-Verteidiger gestirbt. Einen schweren Verlust hat die Berliner Rechtsanwaltschaft erlitten. Rechtsanwält Dr. Karl Schwandt, einer der ältesten und erfolgreichsten Strafverteidiger Nordb's ist gestern kurz vor Vollendung seines 67. Lebensjahres an Herzschwäche gestorben. Dr. Schwandt war viel Jahrzehnte einer der erfolgreichsten Verteidiger und hat in zahlreichen Sensationsprozessen, u. a. im „Hauptmann-von-Röpenitz“-Prozess mitgewirkt. Zuletzt war er noch einer der Hauptverteidiger im Barmat-Prozess.

Neue Wärmehallen im Bezirk Friedrichshain. Wegen der anhaltenden Kälte wurden im Bezirk Friedrichshain am 15. Februar die Schulanen in den Volksschulen Gähler, Diestelmeyer, und Klawer Straße als Wärmehallen für hilfsbedürftige Erwachsene freigegeben.

Jugendweihen im Großen Schöpflerhaus. In den Schulen, die augenblicklich der Kälte wegen geschlossen sind, kann der Lebensunterhalt nicht stattfinden. Wenn die Verfügungen aufgehoben sind, bitten wir, an den in Frage kommenden Tagen die betreffenden Lebensunterhalt zu besorgen. An den Jugendheimen Schönberg, Steglitz, Berlin, Lindenstraße 4, findet der Lebensunterhalt statt.

Weiterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgebung (Nachdr. verb.). West würde bei wenig gebildeten Temperaturreisen. Einzelne Schneefälle, östliche Winde. — Für Deutschland: West bedeutet Schneefälle im Westen und Süden Schneefälle, geringe Abnahme des Frostes, auch im Osten.

Funkwinkel.

Rozari Kammermusik am Abend; es war ein Genuß, sie vom Wendling-Quartett, unter Professor Karl Wendlings Führung gespielt, zu hören. Man will es gern glauben, daß viele, viele an dieser musikalischen Stunde Freude und Erbauung fanden. Doch auch am Nachmittag gab es einen kleinen Abkühlungsabend. Musik, und es ist keine Reherel, Volkslieder zur Laute, die Sven Scholander singt, mit Rozari-Musik zu vergleichen. Bester war der Sautendvortrag Scholanders viel zu kurz. Uns fehlt solcher Gehang, solche ursprüngliche Musikvermittlung, wie sie dieser schwedische Lautensänger zu bieten weiß. Seine Volkslieder wirken noch ganz unentfesselt, sie lachen und weinen, natürlich, wie der noch im Boden verwurzelte Mensch. — Felix Halländer versuchte erfolgreich am Abend, dem Wert des Dichters Leonhard Frank gerecht zu werden. Er schilderte den Dichter und sein Schaffen mit echter Begeisterung, und verstand es, sich in sein Wollen und Wirken einzufühlen und es den Hörern aufzusagen. Frank, der Verfasser der Antikriegsromanze „Der Mensch ist gut“ mag durch diesen kurzen Vortrag manchem näher gekommen sein, als es durch eine ausführliche, akademische Vorlesung möglich gewesen wäre: denn Halländer wählte das Wesentliche, Charakteristische an dem Werk Leonhard Franks klar hervorzuheben. — Man soll auch dankbar anerkennen, wenn der Rundfunk sich erfolgreich um Aktualität bemüht. Jeder verbindet eine Störung meines Empfängers, den Namen des Vortragenden zu verstehen. Aber es muß anerkannt werden, daß die Darlegungen über Betriebsarten und Verbrechen gegen Finanzinstitute von einer sehr anschaulichen Lebendigkeit waren. Les.

Katajien: Die innere Sekretion

Eintragungsnummer des Redakteurs Genossen Muffoff zur
Erfüllung des „Roten Eden“ einer Hausgenossenschaft.

Vorsitzender: „Genosse Muffoff hat das Wort.“

Muffoff (sein kastanienfarbenes Haar von der Markmörteln zurückstreifend): „Genossen! Meine Vorgesetzten haben sich mit der materiellen Kultur beschäftigt. Ich aber möchte, so zu sagen, über die geistige Kultur sprechen. Ueber die Atmosphäre des täglichen Lebens, in der wir alle insgesamt leben, liebe Genossen. Wohl rufen alle „Ein neues Leben! Ein neues Leben!“ Doch gestattet mir die Frage — wo ist dieses neue Leben?“

Die erstaunlichsten Dinge geschehen auf unserem Erdball: heraldische Ereignisse, Wunder der Natur und Technik, historische Vorgänge, Verschärfung des Klassenkampfes.

Der Mensch entdeckt den Nordpol, überfliegt den Atlantischen Ozean, er erfindet den sprechenden Film. Am Dnjepr werden Gießwerkswerke gebaut, Motoren in Gang gesetzt — mit einem Worte, man bringt bis zum Monde vor — und in unserer Hausgenossenschaft herrscht indes Trübsal, Zerfurchung, Wühlen — verzeihen Sie — in der schmutzigen Wäsche des Kochbarn. Man denkt nicht daran, wie sich's wohl für die bewußten Bürger der ersten sozialistischen Republik der Welt gebührt, sich in der „Roten Eden“ seiner Hausgenossenschaft zu verkommen, um, sagen wir, wenigstens einmal in der Woche irgendeine dringliche Frage zu bearbeiten, wie z. B. das Problem der inneren Sekretion und der Vitamine.“

Eine Stimme: „Ganz recht! Einmal in der Woche wäre es schon angebracht.“

Muffoff: „Da seht ihr's. Ich bin recht erfreut, daß mein Antrag von den bewußtesten Gliedern unseres Funktionärbestandes unterstützt wird. Und Genossen, was in aller Welt soll das heißen? Raum treffen zweie oder dreie im Hoje zusammen, so beginnt der Klatsch. „Haben Sie schon gehört?“ Und nichts gibt's außer Klatsch, kein geistiges Leben. Man schämt sich geradezu. Ich will folgendes Beispiel anführen. Eine zwar nur kleine, doch sehr bezeichnende Tatsache. Da komme ich gestern aus dem Dienste heim. Steige die Treppe hinauf, und vor mir her gehen zwei Mitglieder der Hausgenossenschaft. Natürlich klatschen sie miteinander. Ich will sie nicht nennen. Handelt es sich ja nicht um die Personen. Diese können übrigens nicht anwesend. Wenn Sie wollen, kann ich sie sogar nennen. Ich bin eine getreue Natur. Ohne Ansehen der Person, so zu sagen. Die Wahrheit ins Gesicht. Mit einem Worte — Bürger Kabasoff aus Nr. 9 steigt die Treppe hinauf und mit ihm Bürger Ritalajeff und sie klatschen. Nicht der Ritalajeff natürlich aus Nr. 42, sondern der aus Nr. 8, Boris Fedorowitsch, von dem Sofja Pawlowna aus Nr. 4 in der vorigen Woche ein Kind abgetrieben hat.“

Sofja (vom Fluge): „Sie lebt bereits seit zwei Jahren nicht mehr mit ihm.“

Muffoff: „Da sind Sie schlecht berichtet. Sie lebt doch mit ihm! Sie können Glosira Petrowna fragen. Wie oft lebt sie nicht mit ihm!“

wenn er ihr im November ein halbes Duzend Seidenstrümpfe aus Batum mitgebracht hat?“

Sofja: „Strümpfe hat er ihr wohl mitgebracht, doch lebt er nicht mit ihr.“

Muffoff: „Er lebt mit ihr!“

Sofja: „Sind Sie etwa — dabei gewesen?“

Muffoff: „Sie können ihre unpassenden Witze für sich behalten. Wir sind hier nicht im Zirkus. Ich erkläre mit Bestimmtheit, daß sie mit ihm lebt und übernehme es, den Beweis dafür zu erbringen.“

Vom Fluge aus schreit Sofja etwas Unverständliches.

Vorsitzender: „Ich bitte den Redner nicht durch Zwischenrufe zu unterbrechen!“

Eine Stimme: „Er soll es beweisen!“

Muffoff: „Ich werde es auch beweisen. Erstens — wenn Sie wissen wollen, hat sie im Laufe dieses halben Jahres das zweite Kind von Ritalajeff abgetrieben. Doch das ist nicht wichtig. Zweitens, wenn es schon darauf ankommt, hat meine Frau mit eigenen Augen die Wäscherin Sofja Pawlowna zugleich mit deren Kombinationen die Händchen — verzeihen Sie — Unterhosen des Boris Fedorowitsch waschen sehen.“

Sofja: „Und woher kennt ihre Frau die Unterhosen des Boris Fedorowitsch?“ (Gelächter, Lärm, Zwischenrufe.)

Vorsitzender: „Genossen . . . Genossen . . .“ (Lärm.)

Muffoff: „Ich bitte . . . den Dummkopf . . .“ (Unverständlich.)

Sofja: „Den höre ich eben reden.“ (Lachen.)

Muffoff: „Wenn Sie wissen wollen . . .“

Sofja: „Seit zwei Jahren nicht . . .“ (Unverständlich.)

Eine Stimme: „Boris Fedorowitsch lebt mit der Ritalajeffschen Dunjka, und das nicht wissen kann nur ein tollender . . .“ (Lärm, Lachen.)

Muffoff: „Und wenn Sie wissen wollen — ich habe selbst durch die Wand hindurch gehört, ich habe durch das Schlüsselloch gesehen . . .“ (Lärm.)

Vorsitzender: „Genossen . . .“ (Lärm, Zwischenrufe.)

Stimme: „Er soll erzählen, was er gesehen hat.“

Muffoff: „Er . . .“ (Unverständlich.) „Soweit es verdeckt war, vom Schrant . . . konnte ich nicht . . .“ (Lärm.)

Dunjka, und das nicht wissen kann nur ein tollender . . .“ (Lärm, Gelächter.)

Muffoff: „Sie sind ein Lump und Verfeummer! Ich habe geendet!“

Vorsitzender: „Genossen! In Anbetracht der vorgerückten Stunde wird die Debatte geschlossen. Und ich stelle hiermit den Antrag des Genossen Muffoff auf Zusammenkunft einmal in der Woche in der „Roten Eden“ zwecks Bearbeitung der dringlichsten Fragen zur Abstimmung.“

Eine Stimme: „Weshalb einmal in der Woche? Viermal in der Woche!“

Vorsitzender: „Es wird beantragt, sich viermal in der Woche zu versammeln. Wer ist dafür? Die überwiegende Mehrheit. Die Sitzung ist geschlossen.“ (Aus dem Ausschluß überfetzt.)

Alfred Hein: Ostpreußischer Humor

Bei jeder Langgesellschaft wärmt wohl irgendeiner das berühmteste Viltaller Ballspiel aus: „Frei sein, tanzen Sie das? — Nein, später.“ So wie dieser Witz in Ostpreußen erkundet oder wahrheitsgemäß passiert ist, macht sich der Ostpreuße in unzähligen Anekdoten, die hier von Mund zu Mund gehen, über seine geistige und körperliche Schwermüdigkeit, über seinen breiten Dialekt und vor allem über die Gerissenheit und Pfliffigkeit seiner Bauern in gewöhnlicher, manchmal sehr drastischer Weise lustig. Die größte landwirtschaftliche Zeitung Ostpreußens mit dem anheimelnden Namen „Georgine“ sammelt seit Jahren nun die ihr aus Stadt und Land eingesandten „Wahren Geschichten“, und der ostpreußische Humor zeigt darin eine wirklich nicht gewöhnliche Entfaltung. Ob Russeneinfall, Inflation oder Krisenzeit, irgend etwas zu „beschabern“ und zu „dekuntern“ hat der Ostpreuße immer, und mit nicht böserem, doch oft bissigem Spott „quidert“ er gern einen guten Witz hervor, so beim Schälche Grog, der von Maria die Christin Himmelfahrt das Nationalgetränk, der ostpreußische Rottrank heißt.

Ein zweiter weniger bekannter Dialektwitz ist der vom Comembert. Wenn man in Tapiau in einer Kneipe fragt: „Haben Sie Comembert?“ so antwortet der Kellner prompt: „Nein, nur Insterburger Beer.“

Nicht nur in der Politik hängt der Ostpreuße an seinen Gewohnheiten fest. Am alten „trauften“ Seebad Reutuhren ist es strikte Gewohnheit der Königsberger Stammgäste (manche gehen seit 40 bis 50 Jahren dort von Mai bis September an den Strand), zur bestimmten Stunde auf dem Seesteg zu wandeln. Auch die Kinder werden mitgeführt. Ein Junge, der viel lieber sein Abendbrot statt des Abendraus haben möchte, atmet erleichtert auf, als endlich der Sonnenball ins Meer getunkt ist. Doch wie er sich mit den Eltern zum Rauchaufen wendet, steigt vor ihm der rote Vollmond empor, und ihm entringt sich der Seufzer: „Erwartung, da is ja all wieder.“

Fast klassisch geworden ist ja der Lohengrin-Witz des Mannes aus Memel bei Bartenstein: „Du, Frau, was segst de Küffler tom Gonten?“

Wid belächelt wird auch hier die tatsächlich wahre Geschichte von einem bekannten Kavallerieoberst, der sich nach dem Kriege, aber völlig fremd der Landwirtschaft, eine ostpreußische Kirsche kaufte und sich zum ersten Male einen Bullen vorführen läßt. Nach längerer Betrachtung sagt der Herr Oberst: „Na, nun lassen Sie ihn mal traben.“

Dann Ostpreußen sind allzu höfliche und lebenswürdige Leute zuwider. So kündigt auch ein Gutsbesitzer seinem Inspektor „in aller Freundlichkeit“, weil er zu lebenswürdig war. Der Inspektor versucht noch einmal in verbindlicher Form seinen Herrn zu überzeugen, daß man auch mit lebenswürdigkeit ein Gut verwalten könnte. Witzig so moos! Da schlägt der höfliche Inspektor mit der Faust auf den Tisch und bedient sich des Spruches des Götter von Berchmigan: „Nei, nei, wein Gütler, jogg is zu spät. Jogg, wollen Sie sich einläßmekeln, was?“

Kurz und treffend über die geistigen Beziehungen der ostpreußischen Bevölkerung in ihrer großen Mehrzahl, insbesondere der ländlichen, unterrichtet folgende Anekdote: „Ein höherer Ministerialbeamter unterhält sich auf einer Dienstreise in das ihm

bis dahin unbekannte Land Ostpreußen im Anteil mit einem Ostpreußen. Er fragt diesen, was es in Ostpreußen Besonderes gäbe und was ein gebildeter Europäer unbedingt von Ostpreußen wissen müßte. — Er erhält folgende Antwort: „Wenn Sie nach Ostpreußen kommen, müssen Sie unbedingt etwas vom Bullen „Winter“ wissen. Eventuell auch etwas vom Rant. Wenn Sie aber außer „Winter“ auch noch den Bullen „Anton“ kennen, dann können Sie auch Rant weglassen.“

Ebenso sind die Agrarier aber immer noch die Zielscheibe des Witzes. Arbeitslose schippen Scherze vor einem Restaurant in einer Kreisstadt, das gerade mehrere Landwirte, meist wohlbelehrt, verlassen. „Acht mal, Koar, dem vollgefrätem Agrarier!“ — „Jau, Rintsch, aber dar da is doch ganz dinn.“ — „Wat, Koar, id jogg di, dar is to faul tom Fräten!“

Sehr dersh und zu ehrlich ist auch der folgende Witz von der herzigen Rittmeisterfrau: Der Rittmeister a. D. Du, erzählt in Gegenwart seiner Frau einigen guten Bekannten, er wäre als junger Leutnant zu einem Taktkursus nach Berlin kommandiert, dort bei einem feucht-fröhlichen Zusammensein mit Kameraden gefraagt, wo er herkam, und als er geantwortet, er sei Gutsbesitzersohn aus Ostpreußen, hätte ein Kamerad gesagt: „Natürlich, Gutsbesitzersohn aus Ostpreußen! Sie müssen wissen, meine Herren, daß, wenn in Ostpreußen einem Gutsbesitzer ein Sohn geboren wird, man diesen eine Welle beobachtet und ihn, bekommt er Wörten, in den Schweißkasten, bekommt er aber Haare, in das Kadettenkorps bringt.“ — Darauf Frau Du, mit größter Ruhe: „Dich hat man nicht lange genug beobachtet!“

Daß die Jugend auch schon dem Humor der Väter in seiner offenkundigsten und größten Form huldt, kennzeichnet wohl die Unterhaltung eines Onkels mit einem Dreifährchen, dem es schwerfällt, das „Schw“ auszusprechen. Onkel: „Bünterchen, sag mal Schmei!“ Bunterchen: „Zu weui?“

Und was kann für die Tröstlichkeit mancher ostpreußischen Gegend kennzeichnender sein als das Präbidentenwort zu einem Beamten, der gern wieder „ins Reich“ wollte: „Aber, mein Baster, seien Sie doch zurück. Aus dieser Stadt können Sie nie strafverkehrt werden.“

Doch die Kultur ist keineswegs im Rückstande hierzulande geblieben, dies werden jedem Leser der „Georgine“ Anekdoten die „Vitamin“-Bartünen der Frau Pieperett und die „Regalität“ und „Brutalität“ der Hühner des Herrn B. in Baumgarten jederzeit beweisen. Auch den Ostpreußen tröstet in jeder Lebenslage sein eigener Humor, der selbst in der gegenwärtigen Zeit schwerer politischer und wirtschaftlicher Not nicht verliert.

Alfred Hein (Königsberg)

Das große Schlafen im Schlamm

Die Wasserfrösche, deren nächtliches Konzert die halb humorvolle, halb ärgerliche Schlafunterbrechung für den städtischen Sommerfröher bedeutet, schlafen im Schlamm. Ihre grünen Gestalten sieht man nicht mehr am Teichufer entlanghüpfen und bei der geringsten Wirklichkeit oder auch nur vermuteten Gefahr ins Wasser springen, nein, sie schlafen und das sogar recht lange, am längsten von allen Fröschen. An Nahrung haben sie täglich vorgelegt, sie

sind Kannibalen, die kleine Gras- und Laubfrösche verschlingen. Diese, denen wir fälschlicherweise die Gabe des Wetterpropheten angeblüht haben, sahen, sobald sie das Laubgeschäft im Wasser beendet hatten, den ganzen Sommer auf den schönen grünen Bäumen und zwar bei gutem Wetter auf der Oberseite und bei schlechtem Wetter an der Unterseite der Blätter. Zu sehen bekommen wir sie selten, sind sie doch durch ihre schöne grüne Färbung unserem Auge gegenüber vortrefflich geschützt. Und wenn wir im Freien endlich einen Laubfrosch aufgespürt haben, dann hat er ganz sicher keine Füllstarrfüße und läßt sich bewundern, sondern rettet sich vor unserer Ausdringlichkeit durch einen großen Sprung, der ihn ganz bestimmt für uns wieder ins Unsichtbare entführt. Doch bevor das grüne Laub in dünnem Regen zu Boden raschelt, verläßt der Laubfrosch die grünen Bäume. Auf dem Erdboden sucht er nach Pöckeln, um sich dort zum Winterschlaf zu verziehen. Laubfrösche läßt man botanisch gerne und auch mit sehr gutem Erfolge in Terrarien. In den großen Terrarien, die den Schaquarien angegliedert sind, werden alle Winterschlaf, da die Besucher sehr zu Recht immer etwas zu sehen haben wollen, durch Wärme wachgehalten. Läßt man in Zimmerterrarien, die man nicht gleichmäßig warm halten kann oder will, die Tiere ihrer Natur gemäß einen Winterschlaf halten, so muß man sie vorher sehr gut füttern, damit sie im Frühling wieder erwachen. Die Unten, die von allen Menschen, die infolge einseitiger Berufsbelastung und dem Naturentwöhntheit, die in der Schulpflichtgemäß genossene Naturgeschichte verlernt haben, zu den Fröschen gezählt werden, können wirklich nette Hausgenossen sein. Sobald das Tageslicht erlöschen ist und der Kulturmenschen sich für sein Zimmer der künstlichen Beleuchtung bedient, rufen die Unten. Das Männchen erhebt seine Stimme zu diesem eigenartig melancholischen Ruf, den die Wissenschaft als einen dumpfen Glasglöckchenklang bezeichnet, während das Weibchen meckert. Etwas wehmütig stimmen diese Rufe einen empfindsamen Menschen gemäß, warum aber ausgerechnet der Unentus Unglück bedeuten soll, bleibt ein in seiner Begründung nicht zu erforschender Aberglaube. Im Winter ist die Unke verstimmt, denn sie, die sonst in und an stehenden Gewässern lebt, schläft dann in Erdlöchern oder im Schlamm. Dabei ist zu bedenken, daß, selbst wenn das Wasser eine Eisdicke trägt, der Aufenthalt im Wasser immer wärmer ist als auf der Erde, zumal, falls diese keine dicke Schneedecke als Schutz trägt. Der schöne Feuer Salamander steht von jeher unter der Ungunst fälschlicher menschlicher Anschauungen. Früher hielt man ihn für unerbrennlich und sah ihn daher als ein Löschmittel bei Feuer an. Jetzt, wo der hungert gewordenen Stadtmensch selbst recht plump kriechende Lebewesen als Zimmergenossen liebt, steckt man ihn, ein reines Landtier, in ein Aquarium. Er hat aber gar nichts mit dem Wasser zu tun, das Weibchen legt nur im Frühjahr seine Eier dort ab, aus denen sofort die Jungen schlüpfen. Darum sagen entliche, der Salamander ist ein lebend geborenes Tier, während andere Wissenschaftler sagen, zu dem Vorgang des Lebendgebären gehörte auf jeden Fall ein viel festeres Verbundenheit zwischen Muttertier und Nachkommen. Man kann den Salamander, sobald man für genügend Feuchtigkeit sorgt, im Terrarium halten. Hält man ihn zu warm, verkümmert er, wird matt und stirbt. Ist aber durch die Feuchtigkeit der Boden muffig geworden oder hat etwas zu viel veratmetes Gutter gesäuert, kann bekommen die Tiere Pilze, die ihnen das Schwanzende oder die Gliedmaßen abfressen. Fraßt man den Feuer Salamander scharf an, und er gerät in Erregung, scheidet er das giftige Salamandrin ab. Weiß man ihn jedoch zu behandeln, hat man selbst in Terrarien seine Freude an ihm und kann sogar von trüchzig eingelassenen Weibchen entliche Junge großziehen. Die Kamm- und Teichmolche, bei denen die Männchen im Hochzeitskleid so fabelhaft schön aussehen, verlassen bereits im Herbst das Wasser, um sich zwischen Steinen, Moos und Wurzelwerk zum Winterschlaf zu verziehen. Man hat von diesen ungeschickten Landgängern nach recht unglücklichen Wintern öftig verstreumelte Exemplare gefunden, in die doch die Lebensgeister zurückkehrten, sobald man sie ins Wasser tat. Der Felsaal, der nicht mit dem Seeaal zu verwechseln ist, schläft im Winter im Schlamm. Wenn er wach ist, ist er immer sehr hungrig und da er nur ein kleines Maul hat (Fische mit kleinem Maul werden nie vom Leben besonders begünstigt), muß er zum Ausreißer werden. Auch liegt im Winter die Schleie im Schlamm, im Zustand halber Erstarrung. Der Schlamm ist stets ihr Element und sie buddelt sich so fest in ihm ein, daß darum, ihr selbst zum besonderen Glück, verwehnte Fischeinschnieder sie verdrängen. Das Fischkrebsweibchen trägt seine Eier, die es bereits im Herbst gelegt hat, aus inständiger Angst vor den Unbilden der rauhen Jahreszeit, den ganzen Winter unterm Schwanz. Die Krebs sind streitbar, nervöse Kerle, die sich bei ihren ritterlichen Duellen oft ganze Gliedmaßen abwachen, ohne die sie freilich weiter leben. Der Fischkrebs schläft in Sand und Schlamm, er ist im Winter schwer zu finden und wenn er sich im Frühjahr herauswagt und möchte selbst auch etwas vom Leben bekommen, dann ist er das Fischfutter nach vieler Mühe Behagen. Ebenso schlafen die Rüdenschwimmer (die nicht zu den Tapetenfüßlern, sondern zu der Familie der Wasserwanzen gehören) im Schlamm. Sobald sie erwachen, machen sie sich über die Fischbrut her. Wie ja eben das ganze Tierleben ein ewiges Fressen und Gefressenwerden ist, ein Zustand, den wir Menschen mit „erbabenen Frieden in der Natur“ bezeichnen. Erna Büling.

Exotische Delikaessen

Die Ansichten über das, was als essbar anzusehen und als besonders wohlschmeckend zu schätzen sei, gehen innerhalb der verschiedenen Völker unseres Erdballs erstaunlich weit auseinander. Auf der Tafel der Chinesen und Japaner erscheinen die schlauesten „Vederbissen“; orkanische Stämme verzehren mit Vorliebe Heuschrecken und sogar Termiten und Skorpione. Berpüßt der fischende Samoaner Hunger, so nimmt er einen Fisch, befreit ihn von den Flossenfischeln und verzehrt ihn „mit Haut und Haaren“. Eine Holothurie oder See gurke (Stachelhäuter von Wurmfarm mit leberartiger Haut) ist ihm auch willkommen; er befreit diese von der Haut und dem Inhalte und das dabei übrigbleibende, weißrote „Fleisch“ ist derartig fettig, daß es tinsicht. Jedoch auch im Urwald kann man Hunger bekommen, aber hier ist gleichfalls für ein kräftiges Mahl gesorgt, dem zuzuschauen starke Kerne erfordert. Die Wade des größten und schönsten Beckläfers Samoas lebt in vermoderten Baumstämmen, die ja jeder tropische Urwald sehr zahlreich aufweist. Bei der Stärke eines Daumens erreicht diese Wade eine Länge von über 10 Zentimeter, und durch ihr zahlreiches Kustraten wird der stärkste Stamm in kurzer Zeit zerstört. Eindeut der Samoaner einen solchen heimgekauften Stamm, so läßt er alles stehen und liegen, um sich mit Utz und Haumesser des verrotenden Gerüchtes zu verwehren. Diese Tiere werden nun mit wahren Behagen die lebendigen Weide verzehrt; nur der winzige Kopf bleibt auf dem Schlachtfeld.

Chemische Finanzierungs-Gesellschaften.

Drei Chemietrusts kämpfen um die Verteilung der Welt.

Vor kurzem brachte der J. G. Farbentrust das Aktienkapital seiner schweizerischen Gründung, der Internationalen Gesellschaft für Chemische Industrie in Basel (I. G. Chemie, Basel) — der „Vorwärts“ berichtete darüber —, von 20 auf 250 Mill. Schweizer Franken. Eine der Aufgaben dieser Baseler Gesellschaft soll es sein, auf Grund deutscher Vermögenswerte der J. G. Farben und unter Beanpruchung des Schweizer Kapitalmarktes diesem deutschen Trust weitere Gelder zur Vergrößerung des Produktionsapparats und zu Beteiligungen im Inland und Ausland zu verschaffen. Es ist aber klar, daß dies keineswegs der einzige Zweck der schweizerischen Gründung sein soll. Von erheblicher Bedeutung kann auch die Absicht sein, einen Teil des Vermögens der J. G. Farben (in Form von Beteiligungen) aus Deutschland in die Schweiz herüberzubringen, wo die Steuern niedriger sind. Diese beiden Zwecke — einerseits Kapitalbeschaffung, andererseits Freihaltung weiteren Kapitalvermögens von Steuerbefragungen — erklären aber noch keineswegs den vollen Sinn einer Gesellschaft, die über ein Aktienkapital von 250 Mill. Schweizer Franken verfügen soll.

Bei der J. G. Farben vermutet die Börse

denn auch weitere Interessenausdehnungen verschiedener Art, man spricht von der Absicht einer Einflusnahme auf Kunstseide-gesellschaften wie z. B. die französisch-belgische Tubize und die holländische Onta; andere glauben an eine verfehlte Interessenausdehnung an der schweizerischen oder französischen chemischen Industrie.

Es ist auch durchaus verständlich, daß sich die schweizerischen Chemiefirmen beunruhigen. Das Aktienkapital der größten Chemiefirma der Schweiz (Ciba) betrug bisher 20 Mill. Schweizer Franken und wird dieser Tage auf 25 Mill. erhöht. Und auch wenn man das gesamte Aktienkapital der in Basel, dem Zentrum der schweizerischen Chemie, ansässigen Farben- und Heilmittelindustrie zusammenrechnet, erhöht man kaum mehr als 60 bis 70 Mill. Schweizer Franken. Nun sind allerdings die drei größten Baseler Firmen (Ciba, Sandoz, Sandoz) ihrerseits zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen und haben sich bisher gegen alle Versuche, ihre Selbständigkeit anzutasten, sehr energisch gewehrt.

Die Front J. G. Farben — Etablissements Kuhmann.

Eine weitere Baseler Firma jedoch, die dieser Interessengemeinschaft nicht angehört, ist bereits heute mehr eine internationale als eine schweizerische Firma: die Gesellschaft Durant et Huguenin. Seit etwa sechs Jahren ist an ihrem Aktienkapital (sowohl die J. G. Farben beteiligt als auch die Société Française des Matières Colorantes (französische Farbstoff-Gesellschaft), die zum Interessentum der größten französischen Chemietrusts (Etablissements Kuhmann) gehört.

Durch Aufsichtsratsbesetzung wird diese Beteiligung des größten deutschen und des größten französischen Chemietrusts gefördert. Dies ist die erste direkte Brücke zwischen der J. G. Farben und Kuhmann. Die zweite Brücke ist die Kapitalbeteiligung der J. G. Farben an der norwegischen Stickstoffgesellschaft (Norst Hydro), an der außerdem seit einigen Jahren auch die Etablissements Kuhmann beteiligt sind. Die dritte Brücke ist der bekannte deutsch-französische Farbstoffvertrag, über dessen Auswirkung sich gerade in diesen Tagen der Präsident des französischen Konzerns sehr lebhaft ausgesprochen hat. Die vierte Brücke wird gebildet von einer Reihe früherer Vereinbarungen, die u. a. die Herstellung von Wirkstoffen auf Grund deutscher Erfahrungen durch Kuhmann betreffen. Alle diese Momente weisen auf die Anbahnung einer deutsch-französischen Chemiefrent hin, und es ist durchaus wahrscheinlich, daß in irgendeiner Form auch die neue J. G. Chemie Basel der Verstärkung dieser Front dienen soll. Bei dem engen technischen Zusammenhang zwischen Kunstseideherstellung und der eigentlichen chemischen Produktion ist auch ein weiteres Uebergreifen der J. G. Farben auf verschiedene Kunstseideinteressen sehr wohl möglich.

Man würde jedoch die Dinge und die Bedeutung einer deutsch-französischen Chemiezusammenarbeit kaum richtig einschätzen, wenn man nicht ganz parallel Erscheinungen bei anderen Chemiegruppen beobachtet würde.

Die englisch-amerikanische Kombination.

Vor nicht ganz einem Jahr entstand eine englisch-amerikanische Finanzierungs-Gesellschaft mit etwa 2 Mill. engl. Pfund Sterling, rund 40 Mill. Mark Kapital, die Finance Corporation of Great Britain and America. Hauptgründer war der britische Chemietrust (Imperial Chemical Industries Ltd.), mitbeteiligt außerdem eine Reihe amerikanischer und englischer Banken und Industriefirmen. Bereits bei verschiedenen internationalen Gründungen hat diese Finanzierungs-Gesellschaft mitgewirkt, zuletzt bei der Errichtung der Internationalen Nickel Company (Nickeltrust des Nord Westens) in Kanada, jenes Trusts, der 60 Proz. der Nickelproduktion der Erde beherrscht. Auch diese Gründung verengert die amerikanischen Bindungen des englischen Chemietrusts.

Von nun an wissen wir, daß in den Vereinigten Staaten ein großer Chemiekonzern existiert, der seit seiner Entstehung im engsten Zusammenhang mit dem englischen Chemietrust steht, ferner mit dem belgischen Chemiekonzern Solvay. Diese amerikanische Gesellschaft heißt Allied Chemical and Dye Corporation, sie hat ein Kapital von 115 Mill. Dollar (rund eine halbe Milliarde Mark). Die Verbindungen nach England und nach Belgien kommen auch darin zum Ausdruck, daß im Verwaltungsrat dieser amerikanischen Gesellschaft sowohl Lord Reading (ehemals Sir Alfred Mond) vom englischen Chemietrust, als auch Armand Solvay von der belgischen Solvay-Gesellschaft sitzen.

Neben der deutsch-französischen Front J. G. Farben-Etablissements Kuhmann ist diese Gruppe Imperial Chemical Industries Allied Chemical and Dye-Solvay die zweite große internationale Frontbildung.

Der amerikanische Chemietrust Dupont.

Die dritte wird größer von dem größten amerikanischen Chemiekonzern Dupont. Dieser Konzern, der gegenwärtig sein Aktienkapital auf 300 Mill. Dollar erhöht, vergrößerte sich vor einigen Wochen durch Zusammenschluß mit einer bedeutenden amerikanischen Chemiefirma (Grossell) und gründete vor kurzem ebenfalls eine Finanzierungs-Gesellschaft, über deren Zwecke die Öffentlichkeit, wie üblich, vollständig im Dunkeln gehalten wird. Diese Finanzierungs-Gesellschaft heißt Prudential Investors und verfügt über nicht weniger als 75 Mill. Dollar (315 Mill. Mark). Dupont ist einer der wichtigsten Kapitaltrusts der Vereinigten Staaten, er steht in engstem Verhältnis zum größten Automobilkonzern der Welt, der General Motors, jener Gesellschaft, die bekanntlich auch die

deutschen Opel-Werke schluden möchte. Dupont hat ferner Beziehungen zum amerikanischen Stahltrust und organisiert augenblicklich die Bildung eines umfassenden Trusts der größten amerikanischen Gummihersteller. In engen Beziehungen steht Dupont auch zu dem bekanntesten amerikanischen Finanzhaus J. P. Morgan u. Co.

Was nun die Gründung der Prudential Investors ganz besonders interessant macht, ist die Tatsache, daß Lord Reading, ehemals Vizekönig von Indien, jetzt Mitglied des Verwaltungsrats des englischen Chemietrusts, zu den Mitgliedern des Verwaltungsrats dieser neuen Finanzierungs-Gesellschaft gehört. Dies ist eine wichtige Verbindung zwischen Dupont und der Imperial Chemical. Eine andere besteht bereits: verschiedene Interessengemeinschaften auf dem Gebiet der Sprengstoffproduktion.

Wir sehen also drei große chemische Gruppen, von denen jede über eine Finanzierungs-Gesellschaft mit erheblicher Kapitalkraft verfügt. Inwieweit steht auch heute noch die deutsche Industrie an der Spitze, doch ist von einer deutschen Monopolstellung wie in der Vorkriegszeit heute keine Rede mehr. Nun bestehen zwar auch enge Verbindungen zwischen Dupont und J. G. Farben (Sprengstoff- und Farbstoffproduktion), die später einmal von größerer Bedeutung werden können. Zunächst aber scheint es nicht, als ob diese deutsch-amerikanische Verbindung erweitert wird, und Besprechungen über eine Zusammenarbeit auf dem Stickstoffgebiet sind beispielsweise ergebnislos verlaufen. Ebenso ergebnislos waren verschiedene Besprechungen zwischen J. G. Farben und dem englischen Chemietrust über eine Zusammenarbeit in der Farbstoffproduktion. Die genannten Frontbildungen, die Gründung von großen Finanzierungs-Gesellschaften, die Annäherung des Dupont-Konzerns an die genannte englisch-amerikanische Gruppe: alles dies deutet auf

Die Vorbereitung schmerzlicher Kämpfe

hin. Wahrscheinlich werden die führenden Konzerne versuchen, auf noch selbständig kleinere Gruppen Einfluss zu nehmen, der Wettbewerb, insbesondere in den überseeischen Ländern wird sich verschärfen, und auch sonst wird man zu den verschiedensten Kampfmethoden greifen. Hierbei gehört z. B. auch die Vorbereitung einer Zollerhöhung für chemische Erzeugnisse in den Vereinigten Staaten.

Für die breite Masse der Bevölkerung sind diese Dinge, auch wenn ihr die Namen der fremden Gesellschaften gleichgültig sind, keineswegs belanglos. Denn erstens werden alle Konzentrationen der Großen immer auf Kosten der breiten Massen ausgetragen, sei es durch Höhle, sei es durch Lohndruck. Zweitens haben diese Vorgänge, da gerade an der chemischen Industrie die kapitalistischen Regierungen aus militärischen Gründen ein starkes Interesse nehmen, ein politisches Gesicht. Weiterer Ausbau der chemischen Industrie und neue militärische Aufrüstung gehen meist Hand in Hand. Das fordert auch von der großen Öffentlichkeit für diese Entwicklung eine wache Aufmerksamkeit.

Glänzende Rechtfertigung.

Wie die Preußentasse sich und der Landwirtschaft geholfen hat.

Vor einem Jahre gab es wegen des plötzlichen Personalwechsels in der Leitung der Preußischen Zentralgenossenschaftstasse einen ungeheuren Sturm. Daß die preussische Staatsregierung den bisherigen Leiter Herrn Semper durch den jetzigen Herrn Klapper ersetzte, wurde von den Deutschnationalen und dem Reichslandbund, aber auch von einem sehr großen Teil der bäuerlichen Genossenschaften als eine politische Aktion gekennzeichnet die zur Vernichtung der Landwirtschaft führen müsse. Dieser Sturm wurde entfesselt, obwohl es offenbar geworden war, daß etwas Grundlegendes geschehen mußte. Die Preussische Zentralgenossenschaftstasse war hoffnungslos illiquid geworden, das heißt, sie hatte Kredite gewährt in einem Ausmaß, für das keine Deckung mehr da war, und in einer Art, daß der Rückfluß der Kredite kaum mehr zu erwarten war. Die Verschuldung der landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Landwirte selbst war in einem hoffnungslosen Maße festgefahren.

Mit der Umstellung in der Leitung der Preußentasse, mit der Umstellung der Politik der Preußentasse, von der allgemeinen Schuldenaufhebung zur individuellen Betriebsanierung, wurde der Versuch zur Rettung gemacht. Die Preußentasse hat inzwischen nicht viel geredet, um so mehr aber gearbeitet. Ueber den Erfolg unterrichten folgende Ziffern:

	Kredite		Einzahlungen		Anspruchnahme	
	Ende Dez. 27	Ende Dez. 27				
Ländl. Genossenschaften	709,0	754,4	763,9	840,7	674,5	634,1
Gemeinl.	74,0	74,1	73,7	68,5	56,9	51,8
Rousum	21,6	21,6	21,6	1,7	1,3	1,3
Öffentl. rechtl. Anstalten	50,9	34,2	32,7	17,7	13,6	13,1
Sonstige	15,5	20,0	19,7	12,9	19,2	18,6
Gesamt	871,0	904,3	931,6	941,5	765,5	718,9

Von den ländl. Genossenschaften östlich der Elbe . . . 289,7 296,8 313,9 354,7 307,7 290,7 westlich der Elbe . . . 419,3 457,4 470,0 486,0 368,8 334,4

Nach unserer Tabelle ist es der Preußentasse gelungen, von Ende Dezember 1927 bis Ende Januar 1929 die Kreditrückstellungen insgesamt von 871 auf rund 932 Millionen zu erhöhen. Dabei wurden die Kreditrückstellungen an landwirtschaftliche Genossenschaften im Verhältnis noch stärker erhöht als das Gesamtkontingent. Auf der anderen Seite war es möglich, die Anspruchnahme von 942 auf 719 Millionen zu senken. Gleichzeitig gelang es, fast die ganze Senkung, nämlich rund 228 Millionen Mark, bei den ländlichen Genossenschaften zu erzielen. Wenn man Einzahlungen und Anspruchnahmen vergleicht, ergibt sich insgesamt für Ende 1927 eine Ueberziehung von 70 Millionen, bei den ländlichen Genossenschaften eine Ueberziehung von 130 Millionen. Ende Januar 1929 ist aus diesen Ueberziehungen ein noch offenes Kontingent, insgesamt von 213 Millionen, bei den ländlichen Genossenschaften von 149 Millionen geworden.

Die zweite Tabelle zeigt, daß sich die Besserung nicht nur auf die Genossenschaften westlich der Elbe beschränkt. Zum ersten Male wird für Ende Januar 1929 auch für die Genossenschaften östlich der Elbe, also die wirklichen Krisenherde, ein nicht in Anspruch genommenes Kontingent von 23 Millionen ausgewiesen, nachdem noch Ende Dezember 1928, also vor einem Monat, das Kontingent mit 11 Millionen überzogen war.

Hier sprechen Ziffern, und zwar mit höchster Eindeutigkeit, für den Erfolg einer Politik, die vor Jahresfrist von den aller-nächsten Interessenten noch als Verrat an der Landwirtschaft gekennzeichnet wurde und gegen die sich auch heute noch Stimmen von — leider einflussreichen — Leuten finden, die nicht alles werden.

Das deutsch-rumänische Abkommen.

Seine Durchführung.

Das am 10. November 1928 unterzeichnete deutsch-rumänische Abkommen zur Beilegung finanzieller Streitfragen ist am 8. Februar 1929 in Kraft getreten und im Reichsgesetzblatt veröffentlicht worden. Auf Grund einer in diesem Abkommen getroffenen Vereinbarung gibt die rumänische Regierung alle Güter, Rechte und Interessen von Reichsangehörigen frei, die am 27. August 1928 noch nicht endgültig liquidiert waren. Alle Verträge, welche die deutschen Reichsangehörigen in der freien Ausübung ihrer Rechte auf diese Vermögensgegenstände beeinträchtigt hatten, haben ohne weiteres ihre Wirksamkeit verloren. Güter dieser Art, die sich in den Händen der rumänischen Regierung, insbesondere unter Sequester, befinden, werden den deutschen Berechtigten auf ihren Antrag zurückgegeben; der Antrag ist an das Liquidationsamt bei dem Finanzministerium in Bukarest zu richten.

Zur Durchführung des Abkommens hat die rumänische Regierung der deutschen Regierung insgesamt sechs Listen überreicht, in denen sowohl das freizugebende deutsche Eigentum wie das nach Auffassung der rumänischen Regierung endgültig liquidierte deutsche Eigentum aufgeführt ist. Diese Listen werden demnächst im Reichsanzeiger veröffentlicht werden. Zugleich werden alle Interessenten, die durch Beschlagnahme- oder Liquidationsmaßnahmen der rumänischen Regierung einen Schaden erlitten haben, der nach den Bestimmungen des Kriegsschadensschlußgesetzes abzugelten ist, durch eine ebenda zu veröffentlichende Verordnung aufgefordert, ihre Ansprüche bis zum 15. Mai und, sofern sie ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Auslande haben, bis zum 15. Juli 1929 beim Reichsentschädigungsamt schriftlich anzumelden. Diese Aufforderung erstreckt sich nicht auf die deutschen Besitzer rumänischer Vorkriegsstaatsanleihen.

Von der Bewag.

Neues aus dem Anleiheprospekt.

Das New Yorker Bankhaus Dillon Read u. Co. legt 15 Mill. Dollar 6 1/2 Proz. Teilschuldenscheinungen der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke A.-G. (Bewag) zum Kurse von 93 1/2 Proz. in New York zur Zeichnung auf. Die Bewag liefert ungefähr 60 Proz. des in Berlin gebrauchten elektrischen Stroms und verkaufte 1928 etwa 1008 Mill. Kilowatt gegenüber 913 Mill. im Vorjahre und 462 Mill. 1924. Im Jahre 1928 wurden mehr als 68 Proz. des verkauften Stromes von der Gesellschaft hergestellt. Die Stromerzeugungskapazität beträgt 500 000 Kilowatt und wird durch die jetzt im Bau befindlichen Anlagen, die 1931 in Betrieb genommen werden dürfen, auf ungefähr 700 000 Kilowatt erhöht. Die Anzahl der Kunden beläuft sich annähernd auf 700 000. Das Aktienkapital und die langfristige Schuld der Gesellschaft einschließlich der jetzigen Anleihe beträgt 50,3 Mill. Dollar. Außerdem hat sich die Bewag verpflichtet, Zinsen und Amortisation für ungefähr 72 Proz. der 6 1/2 Proz. Auslandsanleihe der Stadt Berlin von 1925 und für ungefähr 30 Proz. der 6 Proz. Auslandsanleihe der Stadt von 1928 zu zahlen, welche Beträge zur Erweiterung der Bewag-Anlagen verwendet wurden. Die Nettoeinnahmen der Gesellschaft betragen im letzten Jahr 8,27 Mill. Dollar gegenüber 7,49 Mill. Dollar 1927. Der Erlös der Anleihe dient zur Abdeckung der gesamten schwebenden Schuld der Gesellschaft mit Ausnahme von annähernd 3,0 Mill. Dollar, die 1929 fällig werden, sowie zu Erweiterungen und zu anderen Gesellschaftszwecken.

Städtebau und Wohnungsbau. Die Preussische Zentralgenossenschaft, Berlin, konnte im Jahre 1928 rund 57,5 Millionen Mark Goldplanbriele absetzen. Damit erhöht sich der Planbrieleumschlag auf rund 182 Millionen am 31. Dezember 1928. Der Hypothekensbestand der in der Zentralgenossenschaft zusammengeschlossenen acht Städtegenossenschaften in den Provinzen Brandenburg, Pommern, Ostpreußen, Hannover, Grenzmark-Bohnen-Preußen, Oberschlesien, Sachsen und Niederschlesien vergrößerte sich im Jahre 1928 um rund 55,5 Millionen Mark; von diesem Betrage sind 59 Proz. dem Wohnungsbau zugeflossen (im den Jahren 1926 und 1927 betrug der Anteil 41 Proz. und 44 Proz.). Der Gesamthypothekensbestand der angeschlossenen Städtegenossenschaften betrug am 31. Dezember rund 184,5 Millionen Mark, wovon rund 95,5 Millionen Mark auf Wohnungsbauzwecke entfielen. Die außerordentliche Förderung der Neubaulätigkeit durch die der Zentralgenossenschaft angeschlossenen Städtegenossenschaften geht daraus hervor, daß sie im Jahre 1928 dem Wohnungsbau Mittel zur Errichtung von 15 874 neuen Wohnungen zur Verfügung stellten; in den Jahren 1925 bis 1928 trugen die genannten acht Städtegenossenschaften zur Errichtung von 34 696 neuen Wohnungen bei.

Im Osten werden am meisten Güter veräußert. Nach einer Mitteilung des Preussischen Staatlichen Landesamts hat sich im dritten Vierteljahr 1928 die Zahl der eröffneten Zwangsversteigerungsverfahren in der Landwirtschaft um 1,95 Proz. auf 2784 Grundstücke erhöht. Die Fläche ist um 8,04 auf 37 400 Hektar gestiegen, während sich bei den Grundsteuererträgen eine Zunahme um 16,7 Proz. auf 350 000 M. ergab. Die durchgeführten Zwangsversteigerungen zeigen ein Anwachsen der Fläche um 8,71 Proz. auf 387 Grundstücke, der Fläche um 62,2 Proz. auf 13 800 Hektar und des Grundsteuerertrages um 58,7 Proz. auf 144 000 M. Dabei ist interessant, daß die Mehrzahl der Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Hauptbetriebe im dritten Vierteljahr wieder auf Ostpreußen, Pommern, Brandenburg und Niederschlesien entfiel, also auf die östlichen Provinzen. Eine neue Bestätigung, daß dort die hauptsächlichsten landwirtschaftlichen Krisenherde liegen.

Die polische Kohle. In unserer gestrigen Mitteilung über die Eingabe des Bergarbeiterverbandes an dem von Herrn von Fosen angebotenen Kohlenkontingents muß es heißen, daß dieses Kontingent die Rot der niederschlesischen Bergbauvereins ins Unermeßliche und nicht ins Unvermeidliche steigert.

Deutsch-russische Wirtschaftsverhandlungen werden fortgesetzt. Die Wirtschaftsverhandlungen der Sowjetregierung mit der deutschen Regierung werden demnächst in Berlin fortgesetzt werden.

Pfarrer Heumanns Heilmittel

wiebs auch vorrätig in den Niederlagen:



- Tiens-Apothek
- Berlin N. 31. Anklamer Straße 89, a. d. Ecke Brunnenstr. 3 Min. v. Rosenthaler Pl.
- Adler-Apothek
- Berlin - Friedenau, Rheinstraße 16
- Friedrich-Wilhelm-Apothek
- Charlottenburg 2, Leibnizstraße 106
- Neeges-Apothek
- Berlin O. Gubenauer Straße 33
- Schweizer Apotheke
- Berlin W. 8, Friedrichstraße 178
- Rosen-Apothek Eilwalle-Berlin

Das Pfarrer-Heumann-Buch (272 Seiten, 120 Abbild.) erhält jeder Leser umsonst und portofrei von Ludwig Heumann & Co., Nürnberg M 45.